Nr. 162 • Einzelpreis 10 Pfennig

Montag, 14. Juli 1924

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint jeden Werktag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit." Unverlangt eingesandte Manuskripte ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Hara 42/44, Hofgebäude, zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mark ab Postamt oder gegen Einsendung. 2,30 Mark mit Bestellgeld, am Postamt abonniert 2,40 Mark. Anzeigenpreis: 8 Pfg. im Anzeigen- und 40 Pfg im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Hara 42/44, Fernruf 4606. — Zweigstelle Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319, Erfurt

Konferenzbeginn Mittwoch vormittag 11 Uhr

Die Delegationen auf dem Wege nach London.

Die voraussichtlichen Schwierigkeiten.

Die Frage der Zulassung Deutschlands noch ungelöst.

London, 14. Juli. (Radio.)

Die Delegationen zur Londoner Konferenz sind alle unterwegs. **Am Dienstagabend werden die letzten in London erwartet, da die Konferenz am Mittwochvormittag 11 Uhr im Auswärtigen Amt eröffnet wird.** Die Zusammensetzung der Delegationen wird in der Presse viel kommentiert. Sehr bedauert wird, daß Mussolini der Konferenz fern bleibt und daß **seine Person in der letzten Zeit bis in die konservativen Kreise Italiens schwer kompromittiert worden ist.** Die Aufgabe der Konferenz bleibt ausdrücklich auf das Sachverständigen-Gutachten beschränkt. Jedoch läßt die Teilnahme des Generals Nollet an der französischen Delegation darauf schließen, daß Frankreich auch die militärische Sicherheitsfrage anschneiden wird und auf die **Räumung des Ruhrgebietes nicht ganz verzichten will. Die Hauptschwierigkeit der Verhandlungen bleibt die Bestimmung des Organs, das die etwaigen deutschen Verfehlungen feststellen soll.** Das Pariser Kompromiß läßt den Charakter der Stellung des amerikanischen Sachverständigen in dieser Frage noch völlig offen. **Offen bleibt jedenfalls auch die Frage, wer bei etwaigen Verfehlungen Deutschlands die Strafmaßnahmen vollziehen soll. England wünscht keineswegs Frankreich freie Hand zu lassen.** Ungelöst ist noch die Frage der Zulassung Deutschlands. Nach alledem ist die Situation der Konferenz ziemlich ernst. Sie braucht aber nicht pessimistisch zu werden.

Die französische Delegation.

Herriot, Nollet, Foch . . .

Paris, 14. Juli. (WTB.)

Wie Havas berichtet, setzt sich die französische Delegation für die Londoner Konferenz in der Hauptsache aus folgenden Persönlichkeiten zusammen: Ministerpräsident Herriot, Finanzminister Clémentel, Kriegsminister Nollet, der politische Direktor vom Quai d'Orsay, Peretti della Rocca, Marschall Foch und sein Generalstabschef General Desticker, General Degoutte, der französische Oberkommissar der Rheinlandkommission Tirard, Ministerialdirektor Seydoux, Kabinettschef des Ministerpräsidenten Bergery, der französische Delegierte im Sachverständigenausschuß Parmentier, der zweite französische Delegierte in der Reparationskommission Mauclère, der Justitiar im Außenministerium Fromageot, der Sachverständige Carteron, Aron, Dewes und Vidal. Außerdem begibt sich auch der Generalsekretär der Botschafterkonferenz Massigli mit nach London.

Leichtes Gewölk.

London, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Je näher die Londoner Konferenz kommt, desto mehr häufen sich die Schwierigkeiten. Mac Donald hat heute, Montag, im Unterhause mit einer sehr ernsten Opposition wegen seiner Vereinbarungen mit Herriot zu rechnen. Gleichzeitig steht fest, daß eine Gruppe führender Beamten im Schatzamt der Konferenz nicht gewogen ist. Diese Gruppe, an deren Spitze der Unterstaatssekretär des Schatzamtes steht, befindet sich in vollem Einverständnis mit Bradbury, dem britischen Mitglied der Reparationskommission, der im Auftrage des Schatzamtes tätig ist. Sie unterstützt mit ihrem Einfluß die Stimmung der Londoner Banken, von denen bekannt ist, daß sie **gegen ein Abkommen der Londoner Konferenz sein werden, das dem französischen Drängen recht gibt und die Anwendung von Sanktionen oder anderen Kontrollen als die, die im Sachverständigenplan vorgesehen sind, zuläßt.** Mac Donald **erwägt disziplinarische Maßnahmen gegen diese Beamtengruppe des Schatzamtes.**

Die Modalitäten der Kontrolle.

Eine Erklärung der Reichsregierung.

Gegenüber einem von der deutschnationalen Presse veröffentlichten Brief des stellvertretenden Vorsitzenden der deutschnationalen Reichstagsfraktion betr. die Antwort der alliierten Mächte auf die deutsche Note vom 30. Juni in Sachen der Militärkontrolle wird an zuständiger Stelle betont: Die alliierten Regierungen versicherten, daß sie in Uebereinstimmung mit der deutschen Regierung den Wunsch haben, **die Kontrolle wenn möglich bis zum 30. September zum Abschluß zu bringen und daß die Kontrollkommission mit allen Kräften dazu beitragen werde, diesen Wunsch zu verwirklichen.** Die alliierten Regierungen versprechen ferner, daß die Modalitäten der Durchführung der Generalinspektion im Geiste der letzten Mitteilung der alliierten Regierungen abgefaßt und daß Anregungen der deutschen Regierung wegen dieser Modalitäten in diesem Geist geprüft werden sollen. **Die Reichsregierung zweifelt nicht daran, daß es gelingen wird, die Angelegenheit der fünf Punkte der Note vom 29. September 1922 bei den Verhandlungen über die Modalitäten der Generalinspektion aus ihrem Rahmen auszuscheiden.**

Die Kleine Entente, Deutschland und der Völkerbund.

Prag, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die Vertreter der Kleinen Entente haben ihre Konferenz beendet. Sie ist offenbar im besten Einvernehmen verlaufen. In der Frage der Anerkennung der russischen Sowjetregierung ist beschlossen worden, daß alle Länder volle Entschließungsfreiheit haben, ob sie anerkennen wollen oder nicht. Der tschechische Außenminister Benesch nahm Gelegenheit, seine Begeisterung für den Völkerbund auszusprechen. Er stimme auch prinzipiell dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu. **Allerdings müßten vorher alle zwischen Frankreich und Deutschland bestehenden Streitfragen beseitigt sein, damit nicht dieser Streit auch in den Völkerbund hineingetragen werde.** (!) Auch der rumänische Außenminister erklärte sich ähnlich.

Mac Donalds Kompromiß.

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

London, 11. Juli.

Das offizielle, nach Beendigung der Pariser Besprechungen ausgegebene angls-französische Bulletin und die Erklärungen Mac Donalds im Unterhause, die im wesentlichen eine Wiederholung und Unterstreichung jener amtlichen gemeinsamen englisch-französischen Kundgebung darstellen, haben den letzten Schleier von den Besprechungen Mac Donalds mit Herriot noch nicht gezogen. Es bleibt bis zur Unterhausdebatte am Montag, die hoffentlich volle Klarheit bringen wird, das von der „Times" festgestellte „Moment der Undurchsichtigkeit". Trotzdem kann schon jetzt wenigstens festgestellt werden: Die Besprechungen in Paris haben jenen Wust von Mißverständnissen, die sich wie ein Wall nach den Verhandlungen in Chequers zwischen Paris und London geschoben hatten, getilgt. Die unsachlichen Elemente der ersten Verwirrung sind ausgelöscht.

Dafür sind aber in Paris vom ersten Augenblick der Besprechungen an die sachlichen Gegensätze mit einer Mac Donalds Erwartungen weit übertreffenden Schärfe in Erscheinung getreten. Sie waren in Chequers, in der Atmosphäre einer rein persönlichen Aussprache zweier Männer, die sich persönlich ausgezeichnet verstanden, nicht vorhanden.

Zwischen Mac Donald und Herriot gab es tatsächlich keine sachlichen Gegensätze, wohl aber zwischen England und Frankreich. Herriot konnte mit gutem Gewissen „völlige Uebereinstimmung", wie es in der französischen Version des Chequers-Kommuniqué hieß, verkünden. Denn damals konnte Herriot, der Sieger vom 11. Mai, tatsächlich noch glauben, seine persönlichen Auffassungen und Meinungen über die Fragen der auswärtigen Politik seien Frankreich; wie die Mac Donalds Großbritannien. Inzwischen aber hat sich gezeigt, daß der Vorsitzende eines von einer parlamentarischen Mehrheit getragenen Ministeriums auch nicht annähernd so im Namen seiner Nation zu sprechen berechtigt war, wie es der Premier der Minderheitsregierung Mac Donald in allen Fragen der auswärtigen Politik vermag.

Es erwies sich in den Tagen der Zusammenkunft in Chequers, daß Herriot nur dann und nur so weit ungestraft im Namen Frankreichs sprechen konnte, als er ein gerütteltes volles Maß von Konzessionen an das Frankreich des siegreichen Krieges, der Furcht vor Deutschland und des Buchstabens von Versailles zu machen sich bereit fand. Mac Donald fand, daß Herriots Stellung weit davon entfernt war, durch die neue, in Chequers eingeleitete Politik befestigt zu sein, er fand sie von außen und innen unterminiert. Damit sah er sich genötigt, entweder seine Forderung nach Ersetzung der Reparationskommission durch eine neue, international zusammengesetzte Körperschaft aufrechtzuerhalten und damit Herriot zu stürzen, oder aber gegenüber der von einem größeren Teil der französischen Nation erhobenen Forderung nach Beibehaltung der Reparationskommission zurückzuweichen. Entweder alle hoffnungsvollen Ansätze einer neuen europäischen Politik mit einem Schlage zu vernichten, oder aber in einer Frage zweiten Ranges, wenn auch von größter grundsätzlicher Bedeutung, nachzugeben und mit dem Ministerium Herriot die Konferenz und damit das Gutachten zu retten — das war die Frage.

Man darf die ganze Schwere der Entscheidung, vor die sich Mac Donald gestellt sah, sobald er diese Lage in Paris feststellte, nicht unterschätzen. Es war für ihn die ernsteste Entscheidung seit jenen für ihn so schicksalsschweren Augusttagen, als er sich gegen den Krieg entschied. Er sah mit einem Male eine Frage, die für ihn persönlich von größter grundsätzlicher Bedeutung war, weltpolitisch zu einer taktischen Frage werden. Denn es war für ihn persönlich tatsächlich eine grundsätzliche Frage, ob er an der Wiederherstellung der Macht der Reparationskommission mitarbeiten konnte. Seine ganze Vergangenheit wehrte sich dagegen, daß er, der Gegner des Versailler Vertrags, der ganzen „Ententepolitik", der seit 1919 von den Alliierten betriebenen Außenpolitik seine Hand dazu reichen sollte, die Reparationskommission, die für ihn insbesondere mit dem Fluche der Verantwortung für den Ruhreinmarsch beladen ist, mit dem Neuen, das angebracht wurde, im Keime zu vernichten. Sieht er doch mit der Mehrheit des englischen Volkes im Sachverständigenplan, im Gegensatz zu Frankreich, den ersten wirklichen Schritt aus dem Wahnsinn von Versailles heraus.

Aber die objektive politische Lage, der er sich in Paris gegenüberfand, war so zugespitzt, daß er seiner Vergangenheit in diesem Augenblick unterwerfen mußte, um die von ihm mit einem beinahe religiösen Fanatismus erstrebte Aussicht auf eine europäische Regelung nicht mit einem Schlage zu zerstören. Er konnte ein Prinzip retten und mußte zwangsläufig Europa gefährden, er konnte Europa vor einer Krise retten und das Prinzip gefährden. Er hat Europa gewählt und nachgegeben.

Die Autorität der Reparationskommission bleibt im Grunde unangetastet. Aber er hat als Kompromiß von französischer Seite das Zugeständnis erreicht, daß für den Fall einer Beratung über absichtliche deutsche Verfehlungen ein Amerikaner in die Reparationskommission einberufen werden muß. Das würde praktisch allerdings, und das ist nicht wenig, die französisch-belgische Majorität in der Reparationskommission brechen. Aber es ist nach dem Stande der Dinge keineswegs ausgemacht, ob die Amerikaner, die bekanntlich 1920 aus der Reparationskommission ausgetreten sind, eine solche Aufforderung annehmen werden. Hier sind immerhin noch ernste, nicht zu unterschätzende Schwierigkeiten möglich. Die drohende Krise ist jedenfalls vermieden. Und was das be-

„Eine Ehrenfrage."

Halle (Saale), 14. Juli.

Der Artikel Hermann Müllers „Hinein in den Völkerbund", den wir vor einigen Tagen im „Volksblatt" veröffentlichten, und der auch u. a. in der „Münchener Post" Aufnahme gefunden hat, veranlaßt einen „Münchener Mitarbeiter" der deutschnationalen „Halleschen Zeitung" zu einem Aufsatz, in dem es einleitend folgendermaßen heißt:

„Leichenmüller, der einst den Weg zur Unterzeichnung des Versailler Vertrages nur über seine Leiche gehen lassen wollte, was ihn allerdings nicht hinderte, „zum Besten des deutschen Volkes seinen Namen unter das Diktat zu setzen, also gerade „Leichenmüller" hat sein Pamphlet sicherlich an alle seine Parteiorgane gesandt, um Deutschland für den Eintritt in den famosen Völkerbund mobil zu machen. Es gehört schon die ganze Leichtgläubigkeit und ins Gebiet der Dummheit hinüberstreifende politische Ahnungslosigkeit eines deutschen Sozialdemokraten dazu, nun, nach den traurigen Erfahrungen, die unser Vaterland seit Bestehen des Völkerbundes machen mußte, von der Macht dieses totgeborenen Kindes überhaupt noch etwas zu erhoffen . . ."

In der Tat, es gehört die ganze „Dummheit" eines deutschnationalen Publizisten dazu, derartiges der Oeffentlichkeit zu unterbreiten, und die „ganze Leichtgläubigkeit" und „Dummheit" einer deutschnationalen Zeitungsredaktion gehört weiter dazu, solchem Unfug die Spalten eines Blattes zu öffnen. Der Münchener Ignorant, der vorstehende Zeilen geschrieben hat, ist bei seiner Kenntnis der deutschen Revolution noch nicht bis zur Unterscheidung des Berliner Metallarbeiters Richard Müller und des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Hermann Müller (Franken) gelangt. Der jetzt in Geschäften der kommunistischen Handelsdelegation in Berlin untergehende Richard Müller erklärte im November 1918 in einer Berliner Versammlung, daß der Weg zur Nationalversammlung nur über seine Leiche gehe. Diese geschwollene Phrase trug im seinerzeit den Namen „Leichenmüller" ein. Die deutschnationalen Pressebeleumder identifizieren diese belanglose Person ohne jede Hemmung mit Hermann Müller und tun noch ein Weiteres, indem sie diesem in den Mund legen, er wollte seinerzeit den Weg zur Unterzeichnung des Versailler Vertrages nur über seine Leiche gehen lassen.

Und solche politischen Waisenknaben schwatzen von Dummheit und politischer Ahnungslosigkeit eines deutschen Sozialdemokraten. Es lohnt sich schlecht, sich mit dieser Sorte Publizistik auseinanderzusetzen. Der ganze Artikel ist ja doch nichts weiter, als das unmündige Geschwätz eines politischen Ignoranten. Ueberflüssig zu betonen, daß der dummdreiste „Münchener Mitarbeiter" des hallischen Organs der Deutschnationalen zu dem überzeugenden Ergebnis kommt: „Hinweg mit dem Völkerbund!" Der politische Witzbold ist für den „Kladderadatsch" reif. Der Kladderadatsch ist es ja auch, den die schwarzweißroten Unheilstifter brauchen, um die Restauration des bankerotten Systems wieder vornehmen zu können.

„Für uns Deutsche", sagt der Münchener Mitarbeiter, „ist die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund eine Ehrenfrage." Fürwahr eine sonderbare Ehre, die ihr Ziel in der moralischen und politischen Isolierung, d. h. in der Unterdrückung des Vaterlandes sieht. Aber über Ehrenfragen mit Leuten zu streiten, die das Metier der personellen Verleumdung berufsmäßig betreiben, ist nicht zulässig.

Lassen wir die Gesellschaft unter sich.

Die Einigungsverhandlungen zwischen dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei veranlassen das pfälzische Zentrum, vor einem faulen Kompromiß zu warnen. Der Vorstand der Zentrumspartei der Pfalz erläßt eine Kundgebung, in der es heißt, daß eine Einigung der beiden Parteien nur möglich sei, wenn die Bayerische Volkspartei zur Zentrumspartei wieder zurückkehrt. Solange dieses Ziel nicht erreicht sei, müsse versucht werden, immer mehr Katholiken an die Zentrumspartei zu fesseln.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192407141-15/fragment/page=0001

deutet, das ist der europäischen Oeffentlichkeit nur deshalb nicht in seiner ganzen Schwere klar geworden, weil die Krise praktisch schon behoben war, als eben der Umfang der Gefahr in den Köpfen zu dämmern begann.

Das muß man besonders in Deutschland erkennen, um nicht ungerecht zu werden. Niemand wird es verwehrt werden können, zu bedauern, daß es Mac Donald nicht gelang, außer der französischen Zustimmung zur Mitwirkung eines amerikanischen Sachverständigen auch noch die völlige militärische Räumung der Ruhr durchzusetzen. Das wird auch in den Kreisen der Arbeiterpartei so tief beklagt, wie nur irgendwo in Deutschland. Aber niemand, der nur ein wenig Anspruch auf ehrliche Gesinnung erhebt, wird es wagen dürfen, Mac Donald des Verrats an Deutschland anzuklagen. So unglaubwürdig es klingen mag: er hat sein persönliches Opfer auch mit für Deutschland gebracht. Hätte er abgelehnt, das Kompromiß einzugehen, so hätte das den Sturz Herriots bedeutet, die Londoner Konferenz wäre ins Wasser gefallen, die Durchführung des Sachverständigengutachtens auf einen unbestimmten Termin verschoben worden. Deutschland hätte sich mit einem Schlage der ganzen Wucht der französischen Reparationsforderungen gegenübergesehen. Nichts hätte Frankreich hindern können, nach dem Buchstaben des Versailler Vertrags für seine eigene Sicherheit, für seine eigenen Reparationen und seine eigenen Sanktionen zu sorgen. Und kann irgend jemand ernsthaft meinen, daß in einer solchen Situation irgend etwas und irgend jemand denn das Diktat der Reparationskommission Schach geboten hätte?

Genfer Abrüstungskonferenz.

Die Abrüstungskommission des Völkerbundes hält zurzeit in Genf ihre siebente Tagung ab. Die Kommission setzt sich aus Regierungsmitgliedern, Diplomaten, Militärs und Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammen. Im ganzen sind 19 Länder vertreten: Belgien, Brasilien, Kanada, Kolumbien, Dänemark, Spanien, Finnland, Frankreich, England, Holland, Chile, Indien, Italien, Japan, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz und Tschechien.

In den nichtöffentlichen Sitzungen werden hauptsächlich zwei Projekte behandelt, erstens die Kontrolle des internationalen Waffenhandels und die Kontrolle der privaten Rüstungsindustrie. Eine besondere Note erhält die Tagung durch die Teilnahme des amerikanischen Botschafters in Bern, Gibson, der im Namen seiner Regierung jede mögliche Unterstützung zusagte, um zu einer wirksamen Kontrolle über die Rüstungsindustrien zu kommen.

Die Arbeiterdelegierten sind die Genossen Oudegeest, Thorberg (Schweden), Blanking, der als Vertreter des Völkerbundsrats delegiert ist und Jouhaux. Dieser hat schon im März dieses Jahres auf einer Pariser Konferenz einen fertigen Plan für eine Rüstungskontrolle vorgelegt. Man hat seitdem auch die Fragen einer Kontrolle der Privatindustrie für Munition und Kriegsrüstungen in einem neuen Plane behandelt. Die ganze Arbeit der Kommission fußt auf einem Vorschlag des Colonel Carnegie (Kanada), der besonders darauf hinzielt, auch die Vereinigten Staaten zu praktischer Mitarbeit und, wenn möglich, zum Abschlusse eines Uebereinkommens mit den anderen Mächten zu veranlassen. Es sind hier aber ganz besondere Schwierigkeiten vorhanden, wie sie in dem neuen Rüstungsprogramm Japans erst jetzt wieder zum Vorschein kamen.

Mit besonderem Interesse verfolgt man in der Kommission die Vorgänge in der deutschen Rüstungsindustrie. Bei den großen Interessen bestimmter Mächtegruppen erscheint es zum mindesten fraglich, ob hier ein wirklich bindendes Uebereinkommen gefunden werden kann. Im übrigen gehen die Arbeiten darauf hin, die einzelnen Staaten zu gegenseitigen Abmachungen zu veranlassen, wie es schon auf der Washingtoner Abrüstungskonferenz versucht wurde.

Der Vollversammlung des Völkerbundes im September wird die Kommission das gesamte Material zur Entscheidung vorlegen.

Das Echo auf die deutschen Schutzzoll-Absichten.

Rotterdam, 12. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Wie in Rotterdamer Getreidehandelskreisen erklärt wird, haben die Meldungen über die von der deutschen Regierung geplanten landwirtschaftlichen Schutzzollmaßnahmen bei den amerikanischen Farmern und Getreidehändlern große Erregung hervorgerufen und bereits Schritte der amerikanischen Getreideausfuhr-Interessenten bei der Regierung in Washington veranlaßt. Es sollen Gegenmaßnahmen gegen die beabsichtigte deutsche Schutzzollpolitik angeregt sein, um die Gefährdung der amerikanischen Interessen zu verhindern. In erster Linie werde hierbei an eine Art Kreditsperre gedacht. Es wird dabei betont, daß gerade die deutsche Landwirtschaft bei der jetzigen Kreditkrise in Deutschland auf Auslandskapital angewiesen sei. Daher sei es widersinnig, wenn die Vereinigten Staaten, die in erster Linie als Geldgeber in Frage kommen, selbst Kredite an Deutschland gewähren und sich damit angesichts der beabsichtigten deutschen Schutzzollmaßnahmen zugunsten der Landwirtschaft selbst ins eigene Fleisch schneiden.

Die Kammer nimmt die Amnestie an.

Der Senat treibt Obstruktion.

Paris, 13. Juli. (WTB.)

Die Kammer hat heute nacht die Amnestie für Caillaux und für Malvy angenommen. Der Antrag der Opposition, die Amnestie für Caillaux zu verweigern, wurde mit 309 gegen 207 Stimmen, der Antrag, die Amnestie für Malvy zu verweigern, mit 338 gegen 149 Stimmen zurückgewiesen. Die Wiedereinstellung der wegen Streikvergehens gemaßregelten Eisenbahner wurde trotz heftigen Widerstandes des ehemaligen Ministers Le Troquer mit 306 gegen 212 Stimmen beschlossen.

Paris, 13. Juli. (WTB.)

Trotz des vom Ministerpräsidenten ausgesprochenen Wunsches, während der Dauer der Londoner Konferenz das Amnestiegesetz durchzuberaten, hat sich der Senat gestern bis zum 31. Juli vertagt.

Paris, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die Obstruktion der Minderheit in Kammer und Senat hat es fertiggebracht, den Erlaß der Amnestie um 14. Juli, dem französischen Nationalfest, zu verhindern. Allerdings hat die Linke diesen Erfolg der Opposition mitverschuldet. Statt über die Provokationen der Rechten zur Tagesordnung überzugehen, haben die Reduer der Linken geglaubt, auf jeden Zwischenruf eingehen zu müssen. So kam es zu tagelangen Auseinandersetzungen, und es bedurfte des persönlichen Eingreifens des Ministerpräsidenten, um diese abzuürgen. Herriot hat schließlich gefordert, daß die Kammer ihre Beratungen über das Gesetz am Sonntag und Montag fortsetzen solle, damit es noch vor seiner Abreise nach London verabschiedet und an den Senat weitergeleitet werden könne. Die Kammer hat zwar diesem Wunsche entsprochen, der Senat aber hat in neuer demonstrativer Opposition der Regierung einen Strich durch die Rechnung gemacht, indem er beschloß, sich bis zum 31. Juli zu vertagen, womit er das Inkrafttreten der Amnestie um Wochen hinausgeschoben hat. In den Kreisen der Linken herrscht darüber starke Aufregung, die sich zum Teil auch gegen die Regierung richtet, weil diese nicht wenigstens versucht habe, durch Stellung der Vertrauensfrage den Widerstand des Senats zu brechen.

Deutsch-französische Kundgebung.

Gegen Revanche und Gewaltpolitik, für Völkerverständigung.

Mainz, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Im Stadtpark fand am Sonntagvormittag eine große Kundgebung der französischen und deutschen Friedensfreunde gegen Revanche- und Gewaltpolitik und für Völkerverständigung statt. Eine riesige, aus vielen Tausenden bestehende Menschenmenge deutscher und französischer Staatsangehöriger nahm an der eindrucksvollen Kundgebung teil. Der Gedanke der Verständigung der beiden Nationen Frankreich und Deutschland beherrschte die Teilnehmer der Versammlung, die von der deutschen und französischen Liga für Menschenrechte einberufen war. Ihre Unterstützung hatten zugesagt die Demokratische und Sozialdemokratische Partei, der ADGB., der Afa-Bund und der ADB., der Deutsche Beamtenbund, der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit. Als Redner waren gekommen: Reichstagsabg. Genosse Dr. Breitscheid, der Präsident der französischen Liga für Menschenrechte Bouisson, Genosse Grumbach (Paris), Prof. Dr. Strecker (Jena) und Prof. Gumbel (Heidelberg).

Breitscheid, der begeistert empfangen wurde, erklärte, daß seine Reise nach Paris lediglich den deutschen Gefangenen und Ausgewiesenen gegolten habe und zog eine Parallele zwischen dieser Kundgebung und dem französischen Nationalfest am 14. Juli. Gumbel unterstrich in seiner Rede, daß Pazifismus nicht eine perverse Liebe zum Ausland, sondern die wahre Vaterlandsliebe sei, die die kommende Generation vor den Scheußlichkeiten eines Krieges bewahren solle. Die Schwierigkeiten, die Herriot in seiner Politik entgegentreten, seien zum Teil auf die nationalistische Einstellung Deutschlands zurückzuführen. Dr. Strecker erhob die Forderung, daß in Deutschland eine ehrliche, demokratischere Politik getrieben werden müsse und erinnerte an die großen Vorkämpfer des Friedens und Versöhnungsgedankens, Jaurès, Matteotti und Rathenau. Grumbach gemahnte an die warnende Stimme von Jaurès, die heute lauter klinge als je. Eine feierliche Stille herrschte, als Grumbach die vieltausendköpfige Menge aufforderte, zum Gedächtnis der Toten eine Minute Stillschweigen zu bewahren. Die Versammelten entblößten zu Ehren der Gefallenen des Weltkrieges ihr Haupt, und dieser Augenblick bedeutete den Höhepunkt der Kundgebung. Dann erklärte Grumbach, daß er bei der Zusammenkunft zwischen Herriot und Breitscheid zugegen gewesen sei und bezeugen könne, daß Breitscheid als wahrer Freund seines Vaterlandes beim französischen Ministerpräsidenten eingetreten sei für die bedrängte Bevölkerung des Rheinlandes und vor allem für die Gefangenen und Ausgewiesenen. Nicht nur der Toten müsse man gedenken, sondern auch der Lebenden; bedenklich sei die Hetze, die seit einiger Zeit gegen Breitscheid getrieben wird, die allzu leicht zu furchtbaren Folgen führen könne.

Am Schluß der Kundgebung wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die vielen Tausend, am 13. Juli 1924 im Stadtpark in Mainz versammelten deutschen und französischen Bürgerinnen und Bürger begrüßen die Bestrebungen zur Erhaltung des Friedens. Die Geschichte lehrt, daß die Anwendung von Gewalt immer aufs neue wieder Gewalt erzeugt. Allein in der friedlichen Zusammenarbeit liegt die Gewähr für das Gedeihen der Menschheit wie für das Wohl des einzelnen. Die freundnachbarliche Verständigung zwischen den beiden großen Republiken Deutschland und Frankreich ist eine der wesentlichsten Vorbedingungen zur Schaffung des allgemeinen Friedens. Auf der Erfüllung der gerechtfertigten Reparationsforderungen Frankreichs und auf der Achtung der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit und Freiheit Deutschlands beruht die Sicherheit, auf die die beiden Völker Anspruch haben. Nur so kann der Nationalismus hüben und drüben zum Erlöschen gebracht werden. In diesem Sinne demonstrieren die Vertreter der beiden Völker hier für die Erhaltung des Friedens."

Warum Matteotti ermordet wurde.

Mit der Ermordung Matteottis haben die Führer der faschistischen Bewegung in Italien den Kenner einer bisher streng geheim gehaltenen Korruptionsaffäre aus dem Wege geräumt. Matteotti hatte Kenntnis erhalten über die Schiebungen führender Männer der faschistischen Partei mit dem italienischen Besitz an rumänischen Petroleumquellen.

Die italienische Regierung hat vor längerer Zeit in Rumänien Petroleumquellen gekauft, um sich in der Petroleumversorgung unabhängig halten zu können. Mussolini hatte angeordnet, daß diese Petroleumbrunnen durch eine Reihe italienischer Gesellschaften ausgebeutet werden sollten. Diese Gesellschaft wurde gegründet. Alle Aktien befanden sich in italienischen Händen und zum größten Teil in den Händen der Regierung. Mussolini hatte sich infolge der Notwendigkeit, sich mit anderen wichtigen Dingen zu beschäftigen, nicht mehr darum kümmern können. Aber unter seinem Schatten kümmerten sich andere darum. Durch Vermittlung von Filippelli, des Direktors des „Corriere Italiano", wurde ein in Paris wohnender italienischer Finanzier beauftragt, die Aktien der Petroleumgesellschaft zu einem über dem offiziellen Kurs liegenden Preise zu verkaufen. Der Gewinn sollte zwischen dem Finanzier und den interessierten Beamten des italienischen Ministeriums des Innern geteilt werden. Der Finanzier verhandelte zunächst mit Amerikanern und verkaufte ihnen die Aktien oder unterschrieb wenigstens ein Verkaufsversprechen. Das Geschäft mit den Amerikanern gerschlug sich jedoch am Ende, trotzdem der Finanzier persönlich über den Ozean gefahren war. Er knüpfte deshalb mit einer englischen Finanzgruppe an, die ohne Besinnen jeden Preis für die Majorität der Aktien der italienischen Gesellschaft zahlte. Dabei wurde ein Gewinn von 6 Millionen Lire erzielt, von dem 2 Millionen eine italienische „Exzellenz" und die anderen 4 Millionen die „Mitarbeiter" erhielten.

Matteotti hatte die Beweise für diesen faschistischen Petroleum-Skandal in Händen. Sie befanden sich in den Akten, die er auf dem Wege zum Parlament bei sich trug, um am selben Tage in der Kammer diese Korruptionsaffäre zu enthüllen. Auf dem Wege zu diesem Vorhaben wurde er von den faschistischen Verbrechern aufgehoben und dann ermordet.

Seit bekannt war, daß Matteotti um die Geheimnisse wußte, ist der italienische Finanzier in Paris beauftragt worden, die Petroleumaktien den Engländern um jeden Preis wieder abzukaufen. Es scheint, daß Mussolini selbst das Geld dafür beschafft hat, um dem gegenwärtigen Regime die Schande zu ersparen.

Die bayerischen Dunkelmänner.

München, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

In den Drucksachen des Landtags befand sich vor kurzem eine kommunistische Anfrage über die angebliche Aufstellung einer militärischen Organisation. Um derartige Anfragen für die Zukunft zu verhindern, hat die Bayerische Volkspartei einen Antrag eingebracht, der dem § 17 der Geschäftsordnung folgenden Zusatz geben will:

„Sind nach Ueberzeugung des Präsidenten in einem Antrag, einer Interpellation oder einer Anfrage Behauptungen über Tatsachen enthalten, worüber die Geheimhaltung, wenn sie richtig wären, einer anderen Regierung gegenüber für das Wohl des Deutschen Reichs oder eines „Bundesstaates" (die Reichsverfassung kennt nur Länder! Anm. d. Red.) erforderlich ist, so kann der Präsident nach Anhörung des Aeltestenrates verhindern, daß die Drucklegung erfolgt; die Beratung solcher Anträge und Anfragen soll unter Ausschluß der Oeffentlichkeit vorgenommen werden."

Der deutsche Gesandte in Brüssel hatte am Freitag eine längere Aussprache mit dem Minister des Auswärtigen über die Verlängerung der zum 31. Juli gekündigten Micum-Verträge.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtags verabschiedete am Sonnabend den Haushalt des Landwirtschaftsministeriums, der bei 48,7 Millionen Mark Ausgaben nur rund 16¼ Millionen Einnahmen zu buchen hat, so daß ein Zuschuß von 33,6 Millionen notwendig ist.

„Le Compagnon"

(Der Gefährte.)

60] Von Victor Margueritte.

Autorisierte Uebersetzung von Hans Abler.

Zu dem Rate glücklich zu sein, den die Pracht der Oertlichkeit und der Glanz dieses Tages ihnen zuzuhauchen schien, kam plötzlich, mit der Erinnerung an den auf allen Wegen gegenwärtigen Tod, der geheimnisvolle Ruf des Lebens. Erlauchte Geister flüsterten ihnen, ebenso wie die der großen namenlosen Menge, die hier gelitten und gerungen hatte, zu, daß die Zeit wie eine Frucht genossen werden muß.

Alle sagten, daß die gute Zeit kurz währt und ewig die Ruhe der Natur, deren Schmelztiegel immer wieder Frühling und Winter auferstehen und versinken läßt. Das Vergessen — das, trotz der in Erz und Marmor Unsterblichkeit suchenden Kunst, in dieser Totenstadt geherrscht hätte, wenn nicht ihre Träumerei die Vision von einst wieder zum Leben erweckt hätte — das schicksalhafte Vergessen konnte ihre Freude nicht dämpfen und regte sie vielmehr noch an, sich ihr ganz zu öffnen . . . Sie lebten ja! Sie lebten! . . . Unwillkürlich umschlangen sie sich mit den Armen und kosteten die ganze Fülle der flüchtigen Minute aus. Im Takt des gleichen Rhythmus schritten sie dahin, der ihnen — über die vergängliche Stunde hinaus — die Gewißheit einer Zukunft und eines langen, langen Pfades für ihre Liebe gab.

Das Labyrinth, die Kollonade, der Jardin du Roi sahen sie vorbeiwandeln, versunken in ihre Sehnsucht. Sie schmiegte sich an ihn, wie an seine Bewegung geschmiedet. Sie sahen nicht die geradlinige Flucht der Buchen, nicht die verlaufenden Bassins, in denen sich der Himmel durch das Spitzengehänge des Laubwerkes spiegelte . . . Blau, grün und golden strahlte der Abend wie ein ungeheurer Blumenstrauß, aus dem wie ein Atemhauch der würzige Duft der mütterlichen Erde stieg. Schon hatten sie den Tapis-Vert und die letzten Spaziergänger hinter sich gelassen und verloren sich in den verlassenen Alleen am Ufer des Grand-Canal.

Man hätte glauben können, am Ende der Welt zu sein. Gras hatte das Geleise königlicher Wege überwuchert, deren Verlauf nur mehr die Reihen hundertjähriger Bäume mit dem Baldachin ihres Blätterdaches anzeigten. Zwischen den Stämmen, wie zwischen Säulen aus Holz dahinschreitend, hatten sie den Eindruck, immer tiefer in das Dämmer eines lebenden Tempels einzudringen.

Ein Vogelschrei. Ueber dem Dickicht schwebten schwefelgelbe Schmetterlinge. Flachsblaue Winden hatten das Buschwerk durchsetzt. Er bückte sich und bot Annika eine der wilden Blüten:

„Zum Andenken an diesen Spaziergang!"

Sie reichte ihm die Hand, die er ergriff und küßte. Dann zog er sie näher:

„Helfen Sie mir; wir wollen ein Bukett machen . . ." Unter dem leichten Tone zitterte die Stimme.

„Gut, werfen Sie es mir her!"

Sie hatte sich in das Moos gesetzt, und er tat es ihr gleich. Mit heißem Blick umfaßte er den hingestreckten Körper, die Beine, deren Haut schimmernd durch die Seidenstrümpfe leuchtete, die junge Brust, die sich bebend hob und den Mund, der sich zutimmend leise öffnete.

„Annika . . .", flüsterte er flehend.

Sie ließ den Kopf an seine Schulter sinken.

„Liebste . . ."

Ihre Lippen fanden sich.

„Ich liebe dich . . . und du . . .? Liebst du mich . . .?"

Ueber ihr Antlitz gebeugt, fühlte er vorbeigleitend das Ja, das sie ergriffen hauchte.

Er umschlang sie ganz, berauscht, sie in den Armen zu halten.

„Wie glücklich ich bin! Wie ich dich liebe . . . Willst du mir gehören? Willst du . . .?"

Statt jeder Antwort zog sie ihn an sich.

„Wie lange schon sehne ich mich nach dir", stammelte er. „Aber ich wollte dich nur von dir selbst, als freies Geschenk erhalten . . . Du meine Liebe . . . Mein Weib . . ."

Liebevoll und behutsam vollzog sich ihre Vereinigung.

Als Annika die Augen wieder öffnete, warf sie sich in heftigem Triebe wieder an Amedees Lippen . . . In den Schmerz, den sie empfunden hatte, mischte sich ein so intensives Lustgefühl, daß sie nur Genuß fühlte. Mit unendlicher Dankbarkeit und müdigkeitstrunken flüsterte sie:

„Liebster, ich liebe dich und bin dein, mit Leib und Seele . . ."

Er wiederholte inbrünstig:

„Ich liebe dich, ich bin dein."

Wie sie sich erhob, fiel die Binde verwellt aus einer Falte ihres Rockes . . . Amedee pflückte ihr eine andere . . .

„Zur Erinnerung an diese Stunde . . ."

Sie küßte den zarten Blütenkelch. Und beide erfüllte der gleiche Stolz, im Angesicht der ewigen Natur und nach der Religion ihrer Herzen ihre freie Hochzeit gefeiert zu haben.

Zweiter Teil.

Um zur Wahrheit zu gelangen, muß man sich ein einziges Mal im Leben von allen übernommenen Meinungen frei machen und von neuem und von Grund auf das ganze System seiner Erkenntnisse wieder aufbauen.

Descartes.

I.

Eine Woche später fand die Trauung Paulas statt.

Arbeitsreiche Verhandlungen waren ihr vorangegangen. Die Gier Martinets, sie zu besitzen — zuerst mußte die „Katze" ihm gehören, alles andere würde sich finden! — hatte ihn nicht abgehalten, die Sache in seinem Sinne zu behandeln. Nachdem er sich über die Stellungnahme seines Verhältnisses Beruhigung verschafft hatte — dessen Existenz Annika an dem Abend entdeckt hatte, an dem er sich bemühte, die Vorwürfe der Dame zu beschwichtigen — traf der dicke Mann seine Vorkehrungen für die Zukunft.

Er hatte endlich zugestimmt, daß Paula ihre Kunst auszuüben fortfuhr, wobei er sich weniger durch deren Bitten als durch die Argumente Annikas überzeugen ließ, er habe ein Interesse daran, daß seine Frau durch die Arbeit, die ihr Freude machte, etwas zum Wohlstande des Hauswesens beitrage.

Da er sie ohne jede Mitgift heiratete, hatte er als Gegenleistung verlangt, daß die Gütergemeinschaft auf das in Zukunft zu erwerbende Vermögen beschränkt blieb. Dadurch reservierte er seinen gegenwärtigen Besitz für sich und behielt sich gleichzeitig vor, im Falle der Scheidung eventuelle später erzielte Einnahmen zu verheimlichen. In der Zwischenzeit legte er Beschlag auf die Hälfte dessen, was der Künstlerin ihr Beruf — dessen Kontrolle und Nutzgenuß er hatte — eintragen konnte.

Dafür hatte er zugestimmt — obwohl er dem Freigeist posierte, dem solche Maskeraden lächerlich schienen — daß die Trauung in der Kirche vollzogen wurde. Natürlich nur eine kleine, stille Messe, nach dem Standesamt! Er brauchte ja nicht zuzuhören.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192407141-15/fragment/page=0002

Die Zechenstillegungen an der Ruhr.

Arbeitslosigkeit und Auswanderung.

Bochum, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die Arbeitslosigkeit an der Ruhr nimmt zu. Die Gefahr der Stillegung der Zeche „Alte Haase" scheint zwar vorläufig beseitigt zu sein, aber schon kommen Nachrichten von der Stillegung einer Reihe anderer Gruben. Die Zeche „Holland" in Herbede hat 500 Mann gekündigt. Von der Zeche „Verlorener Sohn" in Baak sind seit vorgestern abend mehrere hundert Mann arbeitslos. Die Zeche „Charlotte" soll ebenfalls stillgelegt werden. Die Zeche „Hasenwinkel" mit fast 1000 Mann Belegschaft ist ganz stillgelegt. Hunderte von Arbeitern, insbesondere Bergleute, sind von dem südlichen Randgebiet der Ruhr fortgezogen, um anderwärts Arbeit zu suchen, da die Heimat sie nicht mehr ernähren kann. In der letzten Zeit sind wiederum zahlreiche gelernte Hauer nach Holland ausgewandert, wo sie in den Limburger Staatsgruben gern Aufnahme finden. Der Landrat von Hattingen erläßt einen Aufruf, in dem die Bevölkerung ersucht wird, soweit es irgend technisch möglich ist, in nächster Zeit den Brennstoffbedarf nur noch bei Zechen im südlichen Randgebiet der Ruhr zu decken, die bezogenen Lieferungen möglichst sofort bar zu bezahlen und den Wintervorrat an Hausbrennkohle schon jetzt in Bestellung zu geben, da andernfalls unter den Wirkungen der Kredit- und Absatzkrise in Kürze weitere Stillegungen und Entlassungen von Teilen der Belegschaften erfolgen müßten.

Münchener Kommunistenprozeß.

München, 13. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Im Kommunisten-Prozeß wurde am Sonnabend das Verhör der Angeklagten unterbrochen und zur Vernehmung der Zeugen geschritten. Es handelt sich hierbei in der Hauptsache um Angestellte der Germania-Brauerei, wo der angebliche Bezirksparteitag abgehalten wurde. Die Zeugen sagen nur aus, daß sich die Veranstaltung der Kommunisten unter der Flagge eines Turn- und Sportvereins abgespielt habe. In der Nachmittags-Sitzung erhob Rechtsanwalt Hirschberg Einspruch gegen einen der Geschworenen, den er als Nationalsozialisten bezeichnete. Gerade diesem Geschworenen habe der Staatsanwalt Urkunden der Angeklagten zur Einsicht übermittelt. Der betreffende Geschworene stellte jedoch seine Mitgliedschaft bei der Nationalsozialistischen Partei in Abrede, es handle sich um eine Verwechslung mit einem Verwandten. Einer der Angeklagten behauptet aber, daß er diesen Geschworenen 3Ters als Führer eines Hitler-Sturmtrupps gesehen habe. Der Vorsitzende hält jedoch den Zwischenfall mit der Erklärung des Geschworenen für erledigt.

Dienstentlassung Poehners.

Das Urteil des Disziplinargerichtshofes.

München, 14. Juli.

Die Disziplinarkammer für richterliche Beamte hat in dem Disziplinarverfahren gegen den Rat am Obersten bayerischen Landesgericht in München, Polizeipräsidenten a. D. Dr. Ernst Poehner, die Entscheidung gefällt. Sie lautet auf Dienstentlassung. Das Urteil sieht eine schwere Verletzung der Amtspflichten darin, daß Dr. Poehner die hochverräterischen Bestrebungen der Nationalsozialisten unterstützt und das ihm von Hitler angebotene Amt eines bayerischen Ministerpräsidenten angenommen hat. — Bekanntlich hat der Bayerische Landtag dem Strafvollzug an dem zu fünf Jahren Festung verurteilten Angeklagten Poehner zugestimmt.

Aus dem Hessischen Landtag.

Aus Darmstadt wird uns geschrieben: Bei den zurzeit stattfindenden Voransschlagsberatungen des Hessischen Landtages wurden von den Rechtsparteien scharfe Angriffe gegen das dem sozialdemokratischen Staatspräsidenten Ulrich unterstellte Landesamt für das Bildungswesen gerichtet. Der Bauernbund kämpfte gegen die Fortbildungsschule und beantragte die Beseitigung der Mädchen-Fortbildungsschule und die Aufhebung der Sommer-Fortbildungsschule. Die Anträge wurden abgelehnt. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten wurde jedoch ein Antrag des Zentrums, das seinem bäuerlichen Flügel Rechnung tragen zu müssen glaubt, angenommen, der besagt, daß im Sommer in Gemeinden mit mehr als 50 Prozent Landwirtschaft treibender Bevölkerung in der Fortbildungsschule nur praktische Uebungen und Unterrichtsgänge zu machen sind und die Gesamtzahl der Stunden während der sechs Sommermonate 24 nicht übersteigen darf.

In der Abstimmung nach der mehr als vierstündigen Schuldebatte wurden die einzelnen Kapitel des Landesamtes für das Bildungswesen genehmigt.

Auch bei der Beratung des Etats des Ministeriums für Arbeit und Wirtschaft, an dessen Spitze ein Sozialdemokrat steht, entstand eine lange Debatte. Von der sozialdemokratischen Fraktion wurde das Ministerium gegenüber dem volksparteilichen Antrag, dieses abzubauen, verteidigt. An Hand von Beispielen aus dem Wirtschaftsleben wurde die Notwendigkeit des Ministeriums bewiesen. In der allgemeinen Betrachtung der Wirtschaftslage wurde von sozialdemokratischer Seite das gegenwärtige Lohnniveau als zu niedrig bezeichnet und verlangt, daß die Wirtschaft und die Arbeitgeber mit der Tatsache des Achtstundentages rechnen müßten. Die Angriffe eines demokratischen Industriellen auf die Internationale Arbeitskonferenz wurden zurückgewiesen. Die Sozialdemokratie beantragte, die hessische Regierung zu ersuchen, sie möge bei der Reichsregierung dahin wirken, daß 1. die Reichsregierung das Washingtoner Abkommen über den achtstündigen Arbeitstag in Kürze ratifiziert; 2. die Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezembe 1923 aufgehoben wird. Die Volkspartei verlangte die Beseitigung des Ministeriums und des Ministers mit der Begründung, ein Gegner der derzeitigen Wirtschaftsordnung, der noch dazu auf dem Boden des Klassenkampfes stünde, habe an der Spitze eines Wirtschaftsministeriums keinen Platz. Das sind die „sachlichen" Argumente der Rechten.

In diesen Tagen wird der Landtag in die Ferien gehen. Er wird dann noch einmal im Herbst zu einer kurzen Tagung zusammentreten. Im November ist Neuwahl.

Wirtschaftspolitik.

Finanzen im Mai.

Die Finanzgebarung hat im Monat Mai auf Grund amtlicher Angaben folgende Entwicklung genommen:

	März	April	Mai
Ordentliche Reichseinnahmen . .	632,4	579,5	566,7
Ordentliche Ausgaben	498,6	523,5	459,1
Reichsschuld	1989,8	1734,2	1747,0
Geldumlauf	2824,2	2825,2	2917,6
Abrechnungsverk. b. d. Reichsbank	2836,0	2964,9	2945,5
Wochendurchschnitt d. von Reichsbank und Darlehenskassen gewährten Kredite	124,6	142,7	113,4
Reichsbankkredite	2170,0	2071,0	2170,0
Wochendurchschnittskredite d. Golddiskontbank	—	10,8	22,0
Spar- und Giroeinlagen (Berlin und Kreis Teltow)	28,6	25,2	34,1
Markparität (Durchschnitt des in Mark umgerechneten Dollarkurs an 7 Auslandsplätzen) . . .	4,445	4,457	4,247
Großhandelsindex	120,7	124,1	122,5
Lebenshaltungsindex	107,0	112,0	115,0

Die Zahlenangaben verstehen sich bis auf die drei letzten Posten in Goldmillionen. Die einzelnen Posten stehen in innerem Zusammenhang, der zum guten Teil von dem am 7. April begonnenen Kreditrestriktionen der Reichsbank bedingt ist. Von Bedeutung ist die Besserung unserer Valuta, die eine volle Zuteilung ermöglichte. Die beabsichtigte Verbilligung konnte sich nicht durchsetzen (siehe die Indices). Teilweise spielen hier andere Gründe (Mietzins) mit. Auch hat sich die Spartätigkeit verlangsamt, wie die Einlagen in Berlin und im Kreis Teltow zeigen.

Die Verringerung der Einnahmen erklärt sich nur durch Ausfall der einmaligen Steuern. Buchmäßig ist bei sinkenden Ausgaben ein Ueberschuß von 107,6 Millionen festzustellen, der aber durch 121,1 Millionen ausgeglichen wurde, die im Mai für den Rückkauf von Goldanleihe flüssig zu machen waren. Das Defizit wurde aus dem Rest des Rentenmarkkredits von 191,1 Millionen genommen, von denen 100 Millionen dem Reiche zinslos für zwei Monate zur Verfügung standen. Durch die Sicherheitsleistungen mittels Schatzanweisungen ist dem Reiche eine neue Schuld von 34,7 Millionen entstanden. Dazu kommen 3 Millionen Melorations- und 100 Millionen Rentenbankkredite, auf die schon oben hingewiesen ist. Da das Reich aber seine Kredite nicht restlos verwendet hat, vermindert sich die Bruttoschuld auf eine Nettoschuld in Höhe von 1876,7 Millionen (im März 1698,9 und im April 1452,2).

Von Bedeutung ist die Steigerung des Geldumlaufs, die sich im Juni und Juli fortsetzte.

Die Ruhrkohlenförderung in der Vorwoche

Essen, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Nach den vorläufigen Berechnungen wurden in der Woche vom 29. Juni bis 5. Juli im gesamten Ruhrgebiet, ohne die von der Regie betriebenen 8 Zechen und 10 Kokereien, in 6 Arbeitstagen 1 939 936 Tonnen Kohle gefördert, gegen 1 973 777 in der Vorwoche. Auf das besetzte Gebiet entfallen davon 1 776 093 Tonnen gegen 1 806 553 Tonnen in der Vorwoche. Die Kokserzeugung stellte sich in derselben Zeit auf 409 502 Tonnen in 7 Arbeitstagen gegen 369 721 Tonnen in der Vorwoche, für das besetzte Gebiet auf 376 352 Tonnen gegen 357 930 in der Vorwoche. Die arbeitstägliche Kohlenförderung stellte sich in der ersten Juliwoche im gesamten Ruhrgebiet auf 323 323 Tonnen (328 963), die tägliche Kokserzeugung auf 58 513 (55 674) Tonnen. Im besetzten Gebiet betrug die arbeitstägliche Kohlenförderung 296 016 (301 092) To., die tägliche Kokserzeugung 53 765 (51 173) Tonnen.

Die Mark in Newyork.

Markbewertung in der Neuyorker Schluß- und Nachbörse: 23⅞ Geld, 24 Brief. Dollarparität unverändert 4,18 Billionen.

Gewerkschaftsbewegung.

Wahlrechtsraub in der Angestelltenversicherung.

In der Angestelltenversicherung gehen zurzeit sonderbare Dinge vor. Der Reichsarbeitsminister hat Ende Juni 1924 die Vertrauensmänner im Reich aufgerufen, die Beisitzerwahlen zum Verwaltungsrat vorzunehmen. Diese Vertrauensmänner haben gesetzlich auch die Beisitzer zu den Spruchbehörden (Versicherungsämter, Oberversicherungsämter, Reichsversicherungsamt) zu wählen.

Diese Wahlen hat der Reichsarbeitsminister nicht mit ausgeschrieben, sondern sie durch Verordnung vom 28. Mai 1924 dem neu zu wählenden Verwaltungsrat übertragen. Die Wegnahme des den Vertrauensmännern zustehenden Wahlrechts und seine Uebertragung in den künftigen Verwaltungsrat stützt der Reichsarbeitsminister darauf, daß er sich am 13. Februar 1924 auf Grund des zwei Tage danach ablaufenden Ermächtigungsgesetzes die Befugnis erteilt hat, die damals „bevorstehenden Wahlen" dem Verwaltungsrat zu übertragen. Von dieser Befugnis hat der Reichsarbeitsminister in verfassungswidriger Weise nach Ablauf des Ermächtigungsgesetzes am 28. Mai 1924 Gebrauch gemacht. Der unzulässige Willkürakt hat den ausgesprochenen Zweck, eine gewisse Richtung der Angestellten auszuschalten, nämlich diejenige, die den Gedanken der Vereinheitlichung der Sozialversicherung vertritt.

Die Vertrauensmänner, die gesetzlich die Wahl der Beisitzer für den Verwaltungsrat und für die Spruchbehörden (Versicherungsämter, Oberversicherungsämter, Reichsversicherungsamt) vorzunehmen haben, amtieren seit Anfang 1922. Später ist aber durch eine im November 1923 erfolgte Aenderung des Angestellten-Versicherungsgesetzes der Kreis der versicherungspflichtigen Angestellten wesentlich erweitert worden. Die Vertrauensmänner sind also zurzeit nur von einem Teil der jetzt versicherten Angestellten gewählt worden. Der inzwischen erweiterte Kreis der Versicherungspflichtigen hat an der Wahl der Vertrauensmänner noch nicht teilnehmen können, so daß weite Kreise der nachträglich versicherungspflichtig gewordenen Bureauangestellten, Techniker und Werkmeister überhaupt nicht vertreten sind.

Um das Selbstverwaltungsrecht in dem gesetzlichen Rahmen wirklich durchzuführen, ist zunächst erforderlich, daß die Neuwahlen der Vertrauensmänner vorgenommen werden, an denen alle zurzeit versicherten Angestellten das Recht der Teilnahme haben. Dies ist auch notwendig, weil infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse zahlreiche Vertrauensmänner und Ersatzmänner einen Stellungs- oder Ortswechsel vornehmen müßten (namentlich im Rheinland und Ruhrgebiet) und daher ihr Amt nicht mehr ausüben können. Oder aber es muß, eine Gesetzesänderung erfolgen, daß die Besitzer zum Verwaltungsrat und zum Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte sowie zu den Spruchbehörden durch Urwahlen von den Versicherten selbst zu wählen sind.

Nach dem Gesetz haben die Wahlen für die Beisitzer zu den Versicherungsämtern und Oberversicherungsämtern nach dem Verhältniswahlrecht durch diejenigen Vertrauensmänner zu erfolgen, die im Bezirk des betreffenden Versicherungsamtes oder Oberversicherungsamtes tätig sind. Geschähe dies, so würden Vertreter aus den Reihen des Allgemeinen freien Angestelltenbundes wie der übrigen Angestelltenrichtungen gewählt werden. Erfolgt aber die Wahl der Besitzer aller Spruchbehörden durch den Verwaltungsrat der Angestelltenversicherung, so würden — da in diesem infolge der Wahlkreisgeometrie der Allgemeine freie Angestelltenbund in der Minderheit ist — die Vertreter des freigewerkschaftlichen Allgemeinen freien Angestelltenbundes künftig überall ausgeschaltet werden.

Tatsächlich ist das, was der Reichsarbeitsminister dem Verwaltungsrat übertragen hat, überhaupt keine Wahl. Denn der Verwaltungsrat, der seinen Sitz in Berlin hat, kann selbstverständlich diejenigen Angestellten, die für die einzelnen Versicherungsämter und Oberversicherungsämter im Reich als Beisitzer gewählt werden sollen, überhaupt nicht kennen. Praktisch würde die Sache so vor sich gehen, daß die Spitzenorganisationen der Angestelltengewerkschaften dem Verwaltungsrat Vorschläge für die Beisitzerwahlen machen, und daß der Verwaltungsrat, seiner Zusammensetzung entsprechend, die Vorschläge der freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände einfach unter den Tisch fallen läßt. Dieser Wahlrechtsraub, den der Reichsarbeitsminister durchzuführen im Begriff ist, muß als solcher gebrandmarkt werden. Will der Reichsarbeitsminister die freigewerkschaftliche Richtung vollständig ausschalten, wie er das mit Hilfe des einseitig zusammengesetzten Verwaltungsrates zu tun beabsichtigt, dann soll er wenigstens den Mut haben, das offen zu sagen.

Der Allgemeine freie Angestelltenbund hat seinen Bundesvorstand beauftragt, sich mit dem Reichsarbeitsminister in Verbindung zu setzen und ihn zu ersuchen, bei der Vornahme der Wahlen die gesetzlichen Bestimmungen zu beachten. Für den Fall, daß der Reichsarbeitsminister das nicht tut, sondern daran festhält, die Versicherungsinstanzen wider Recht und Gesetz willkürlich zusammenzusetzen, wird der Allgemeine freie Angestelltenbund sich an einer solchen Art von Wahl nicht beteiligen und ihre Rechtsgültigkeit anfechten.

Ueber den Protest des Allgemeinen freien Angestelltenbundes gegen die Wahlverordnung zur Angestelltenversicherung fanden am 12. Juli Verhandlungen zwischen dem Reichsarbeitsministerium und dem Vorstand des Bundes statt. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns wohnte den Beratungen persönlich bei. Auf Grund dieser Sitzung wird das Reichsarbeitsministerium in eine Nachprüfung der Verordnung eintreten.

Der Vorstand des Afa-Bundes ist an demselben Tage nochmals zusammengetreten und teilt mit, daß die freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände auf keinen Fall an ungesetzlichen Wahlen teilnehmen werden.

Von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist beabsichtigt, die in der Wahlverordnung gegebene Ueberschreitung des Ermächtigungsgesetzes zum Gegenstand einer Interpellation zu machen. (Weiteres Gewerkschaftliches siehe Beilage.)

Wie man sich lebendig begraben läßt.

Das berühmte Kunststück der indischen Fakire ist das Sichlebendig-begraben-lassen, daß von heiligen Männern bei bestimmten Festlichkeiten als Höhepunkt der Feier noch immer ausgeübt wird. Otto Rothfeld, der die seltene Gelegenheit hatte, einem solchen Vorgang beizuwohnen, schildert diese Zeremonie in einem Londoner Blatt. „Einmal in einem Jahr an einem Tag, der die Astrologen als besonders günstig bezeichnet haben, vollzieht der heilige Fakir diese gefährliche und unerklärliche Handlung zur Ehre der Götter und zur Weihe des Festes", schreibt er. „Er läßt sich fünf Tage in dem heißen Sande des heiligen Flusses lebendig begraben und steht wieder auf! Der Fakir ist ein magerer Mann mit einem schwermütigen ernsten Gesicht. Er sitzt mit gekreuzten Beinen auf dem Sande, durch einen Stockgriff gestützt, den er sich unter den Arm gestemmt hat. Seine Hände sind mit den Handflächen zusammengelegt, wie in Anbetung gegen die Brust gedrückt; seine Augen blicken Stumpf und reglos auf die Menge, die ihn umgibt. Neben ihm steht eine Schale mit Milch, und vor ihm befindet sich das etwa 1½ Meter tiefe Grab, in das er gelegt werden wird. Sein Haar ist eingefettet und fest zusammengedrückt; seine einzige Kleidung besteht in einem anliegenden Mittel; der Körper ist mit Asche bedeckt. Er nimmt einige Schluck von der Milch und verfällt in immer tiefere Versenkung. Jetzt beginnt er tief zu atmen und vollzieht die uralte Methode der Körperbeherrschung durch das Atmen, wie sie bereits in den heiligen Büchern vorgeschrieben ist. Auch ganz gewöhnliche Inder, die keinen Anspruch auf Heiligkeit machen, beherrschen diese Atemtechnik, durch die man den Herzschlag und den Blutkreislauf in einer für den Europäer ganz unverständlichen Weise beherrschen kann. Jeden Morgen führen sie diese Atemübungen aus, die mit der religiösen Versenkung in engem Zusammenhang stehen; sie glauben dadurch an geistiger Sammlung und körperlicher Gesundheit zu gewinnen. Der Berufsheilige hat es nun in dieser Kunst des Atmens zu jener höchsten Vollendung gebracht, die ihm die Ausschaltung der Lebenstätigkeit überhaupt gestattet. Während des Atmens wird seine Beherrschung und Beeinflussung des Körpers immer sicherer; die Pausen der einzelnen Herzschläge werden länger; er atmet immer langsamer, immer leiser, immer seltener, und am späten Nachmittag ist sein Atem fast unmerklar geworden. Er läßt sich langsam auf den heißen Sand niedergleiten; sein Körper versteift sich; die Muskeln werden starr. Er gleicht einer Leiche. So bleibt er noch eine bis zwei Stunden liegen, bis die Sonne niedergegangen ist. Nun treten zwei Priester heran, fühlen ihm Puls und Herz und beobachten seine Lippen. Das Herz schlägt nicht mehr, das Atmen hat aufgehört. Er wird behutsam aufgehoben und in das offene Grab gelegt. Sand wird darüber geschaufelt und auf dem Körper festgetrampelt; Kopf und Mund bleiben bis zuletzt frei. Ein kleines Tuch wird über die Lippen gelegt, und dann auch der Kopf mit Sand zugedeckt. Eine Wache von vier Männern läßt sich um das Grab nieder, und viele aus der Menge weichen nicht von der Stelle, um das Wunder zu beobachten. Auch nicht die leiseste Möglichkeit eines Tricks ist vorhanden; der Heilige würde auch zu keinem Betrug seine Zuflucht nehmen, dazu ist er zu tief überzeugt von der Gottwohlgefälligkeit, dem Ernst und der Heiligkeit seines Tuns. Vier volle Tage liegt er so begraben, und am Nachmittag des fünften wird zur festgesetzten Stunde geöffnet. Der Körper liegt genau so, wie er hineingelegt war. Aber das Erwecken ist höchst gefährlich und muß mit größter Vorsicht vor sich gehen. Der Körper wird sanft herausgehoben und ganz leicht auf der Brust, an der Kehle und über dem Herzen massiert. Langsam kehrt der Blutkreislauf zurück. Endlich beginnen die Lippen sich zu bewegen, die Augen öffnen sich. Aber er ist schwach, schwach bis zum Aeußersten. Er braucht Pflege und sorgfältige Ernährung um sich wieder zu erholen, aber er lebt."

Hallisches Theater- und Kunstleben.

Stadttheater. In der heutigen Aufführung von „Peer Gynt" verabschiedet sich Alfred Durra als „Peer" und Halka Heller-Durra als „Obse". Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr. An der morgigen „Fledermaus"-Aufführung verabschieden sich Charlotte Böder als „Orlowsky" und Fritz Müller-Raven als „Alfred". Mittwoch: „Kalja, die Tänzerin".

Aus aller Welt.

Großfeuer in einer Baumwollspinnerei.

Lager und Maschinen vernichtet.

In der Baumwollspinnerei in Beyle entstand wahrscheinlich infolge Warmlaufens einer Maschinenwelle ein Brand. Die großen Anlagen standen bald in Flammen und brannten im Verlaufe einiger Stunden nieder. 200 kostbare Maschinen und ein großer Lager Baumwolle fielen den Flammen zum Opfer. Dagegen gelang es, das Maschinenhaus und die Bleicherei zu retten. Der Schaden beträgt ½ Millionen Kronen. Durch den Brand werden etwa 300 Arbeiter beschäftigungslos.

Große Unterschleife in der Reichsdruckerei.

Millionendiebstahl an Fehldrucken. — Bisher 24 Personen verhaftet.

Durch das energische Eingreifen der Kriminaldienststelle ist in den letzten Tagen ein umfangreicher Diebstahl von Fehldrucken in der Reichsdruckerei in der Oranienstraße aufgedeckt worden. Bisher sind in dieser Angelegenheit 24 Personen verhaftet worden, doch stehen noch weitere Verhaftungen bevor. Auf einem Schulgrundstück im Norden von Berlin wurden von mehreren jungen Leuten Fehldrucke von Geldscheinen und Briefmarken zum halben Preis des eigentlichen Wertes zum Kauf angeboten. Der Umsatz war hier dermaßen groß, daß auch bald die Kriminalpolizei hiervon Kenntnis erhielt, zumal auch an anderen Stellen des Reiches größere Verkäufe von Fehldrucken sich bemerkbar machten. Die polizeilichen Ermittlungen haben ergeben, daß die hier in den Handel gebrachten Fehldrucke von mehreren

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219240714 1-15/fragment/page=0003

Hehlern in der Reichsdruckerei in großen Mengen gestohlen worden sind. Von den Steuermarken über 200 Mark sind ebenfalls große Mengen abhanden gekommen, daß die Regierung sich genötigt sieht, diese Marke voraussichtlich ganz aus dem Verkehr zu ziehen. Erwägungen hierüber sind an den zuständigen amtlichen Stellen bereits im Gange. Die gestohlenen Briefmarken sind im ganzen Reiche im Umlauf und durch eine organisierte Hehlerbande in allen Großstädten verkauft worden. Die Werte, die alle aus dem Vernichtungsraum der Reichsdruckerei gestohlen worden sind, gehen in die Millionen.

Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen und erstreckt sich auch auf mehrere Postämter, an denen durch Beamte diese Fehldrucke am Schalter verkauft wurden. Diese gestohlenen Marken sind den Beamten für billiges Geld von den Hehlern verkauft worden.

Der Brand in Messina.

Rom, 13. Juli.

Die Zahl der in Messina durch den Brand zerstörten Baracken ist auf 250 gestiegen. Das Feuer nahm seinen Ausgang im Pavillon der Volksschule, St. Martin. Die Schüler verließen eiligst das Gebäude und versuchten, mit dem Lehrer das Schularchiv zu retten. Truppenabteilungen, bestehend aus Infanterie-Regimentern, Marine, Pionieren trafen bei der Unglücksstätte ein. Es erschienen auch der Militärkommandant, der Erbischof und der Regierungskommissar. Auch die telephonisch herbeigerufenen Feuerwehren von Reggio und Catania beteiligen sich am Rettungswerk. Um 4 Uhr nachmittags war das Feuer endlich bezwungen. Die Theater haben die Vorstellungen zum Zeichen ihrer Anteilnahme in der allgemeinen Trauer abgesagt. „Messaggero" schreibt, daß die Schuld für das Unglück bei den Regierungsbehörden liegt, die nicht das Erforderliche zum Wiederaufbau der durch das Erdbeben des Jahres 1908 zerstörten Stadt getan haben.

Im Streit erstochen.

Berlin, 14. Juli. (Privattelegramm.)

In einer Gastwirtschaft im Osten Berlins kam es in der Nacht zum Sonntag infolge eines Streites zwischen mehreren taubstummen Gästen und den Wirtsleuten zu einer schweren Schlägerei, in deren Verlauf zwei taubstumme Handwerker durch Messerstiche getötet wurden. Ein Ehepaar, das sich im Lokal befand und das in den Streit hineingezogen wurde, erlitt ebenfalls schwere Verletzungen.

Schwere Explosionen.

Berlin, 14. Juli. (Privattelegramm.)

Nach Blättermeldungen aus Gelsenkirchen ereignete sich am Sonnabend auf der Zeche „Bonifacius" eine schwere Explosion, durch die zwei Bergleute sofort getötet und fünf weitere schwer verwundet wurden. Zwei von den Schwerverletzten sind inzwischen ihren Verwundungen erlegen, so daß das Unglück insgesamt vier Todesopfer gefordert hat. — Wie der „Montag" aus Prag meldet, explodierte während eines Passagierfluges, den der Pilot einer privaten Flugzeugfirma in der Sommerfrische Tschelakowitz bei Prag veranstaltete, der Benzinbehälter und das Flugzeug stürzte brennend in die Elbe. Von den Insassen — außer dem Piloten zwei Männer und eine Frau — konnten die beiden männlichen Fahrgäste nur als verkohlte Leichen geborgen werden, der Pilot und die Frau erlitten lebensgefährliche Brandwunden.

Die Weltflieger in Budapest.

Budapest, 14. Juli. (WTB.)

Gestern vormittag sind hier die amerikanischen Weltflieger unter der Führung des Fliegers Smith angekommen. Im Namen der ungarischen Regierung und der ungarischen Flieger wurden sie auf dem Flugplatz Mathasföld begrüßt und vom amerikanischen Gesandten und den Offizieren der interalliierten Kontrollkommission empfangen. Danach setzten sie ihren Flug über Wien und Straßburg nach Paris fort.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Gewerkschaftliches und Lokales: J. V. A. Wielepp; für Provinzielles: A. Wielepp; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle.

Periadin Extra die Grosse (in gelber Dose) tf. tf.

The Hottentot

Vereins-Kalender der SPD., freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der SPD. Halle (Saale), Harz 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029. Gewerkschaftsbureau daselbst (Fernruf 1029).

Die Veröffentlichungen der SPD. im Vereinskalender erfolgen, wenn nicht kostenlos, gegen besondere Vergütung; die aller anderen Vereine zum jeweiligen Mitgliederpreise zweisprachig abzüglich 50% Rabatt. Oeffentliche Veranstaltungen werden nur außerhalb des Vereinskalenders bekanntgegeben.

Halle

Arbeiter-Wohlfahrts-Ausschuß. Nähstube (Jugendherberge Weingarten): Montag, den 14. Juli, nachm. 5 Uhr. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Bildungs-Ausschuß. Dienstag, den 15. Juli, abends 8/8 Uhr, im „Volkspark" (Bibliothekzimmer): konstituierende Versammlung.

Aus dem Bezirk.

Merseburg. Donnerstag, den 17. Juli, abends 8 Uhr im „Tivoli": Mitglieder-Versammlung. Genosse Schulz (Halle) spricht über das Sachverständigen-Gutachten. Das äußerst wichtige Thema muß Veranlassung sein, daß jeder Parteigenosse und jede Genossin in der Versammlung erscheint.

Weißenfels. Mittwoch, den 16. Juli, abends 8½ Uhr, im Lokal Zschauer: Monatsversammlung. Referent zur Stelle. Alle Parteimitglieder müssen unbedingt erscheinen.

Bickerich-Heimnittenberg. Montag, den 14. Juli, abends 7½ Uhr, im Volksheim: Mitgliederversammlung. Sehr wichtige Tagesordnung.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle. Gauvorstand und die Mitglieder aller Fachausschüsse (nicht nur Obleute) für den Verfassungstag, Sonnabend, 19. Juli, abends 7½ Uhr, vollzählig im „Gewerkschaftshaus". Fahnenweihe und Veranstaltungsausschüsse ½ Stunde vorher. Der Gauvorstand.

Volkspark
Burgstraße 27 — Burgstraße 27
Morgen, Dienstag, abend 8 Uhr:
10. Sommer-Konzert
Wiener Walzer- und Operetten-Abend
Leitung: Benno Plätz.
Feenhafte Beleuchtung .·. Feuerwerk

Kramers Konzerthaus
Die urfidelen Unikums.
Verkehrslokal Schwarz-Rot-Gold.

Wiener Italiener Chromatische Handharmonikas
Mandolinen Zithern Holz- u. Blechblasinstrumente Sprechapparate
Fabrikpreise direkt an Privat
R. Meinel & Herold
Musikinstrumente-Sprechapparate-Harmonikas-Fabrik
Klingenthal/Sa. No 370

Hausfrauen! Kauft nur in den Geschäften, welche bei uns inserieren.

Habe mich als prakt. Aerztin niedergelassen. 8766
Dr. med. Elise Wegener
Ludwig-Wucherer-Str. 78.
Sprechstunden 11 bis 1 und 1/2 5 bis 6 Uhr

Kriemhilds Rache!
Der zweite Nibelungen-Film
Decla-Bioskop-Film der Ufa :: Regie Fritz Lang
Wochentags: 5.00 8.10 — Sonntags: 3.00 5.45 8.35
Jugendliche haben zur 1. Vorstellung zu kleinen Preisen Zutritt, abends nur in Begleitung Erwachsener zu vollen Preisen.
UT Alte Promenade 11a Ufa

Stadt-Theater.
Dienstag, abends 7½ Uhr: Die Fledermaus
Mittwoch: Katja, die Tänzerin.

Wäschebügeln? Wende: Waschbär Nowak!
Kl. Berlin 2, 1 Tr. Geiststr. 17. Laden

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Autogarage für Lastkraftwagen Nähe Markt sof. ges. Off. u. V. H. 32 a. d. Exped. d. Bl. 8769

Heizungsmonteur
ält., durchaus selbstständig sofort gesucht. Schriftl. Angebote an Sachsse & Co. Bugenhagenstr. 12

UT Leipziger Str. 68 Ufa
Fernruf 1224
Asta Nielsen
in dem erschütternden Drama in 5 Akten
Das Haus am Meer!
8772
Viola Dana
in der reizenden Komödie in 5 Akten
Fräulein Liliput, das Riesenspielzeug
- - - - Beginn: 4 Uhr - - - -

Gaskoks billiger!
Die Gaskokspreise werden vom 14. Juli 1924 an herabgesetzt auf:
2,20 Gm. für Grob- und Nußkoks
1,60 „ „ Perl-(Schmiede-)Koks
0,50 „ „ Abfallkoks
für einen Zentner ab Gaswerk. Lieferung frei Gelaß 20 Pfg. pro Zentner.
Unser Gaskoks ist wieder aus besten englischen und deutschen Kohlen hergestellt und für die meisten Zwecke dem Hüttenkoks ebenbürtig 8768
Verwaltung der städt. Gas- und Wasserwerke.

Druckaufträge
jeder Art übernimmt und liefert schnell und sauber
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei

The Hottentot

DIE GEMEINDE DIE GEMEINDE DIE GEMEINDE
Das Blatt für jeden
kommunalpolitisch Interessierten
Unter Mitarbeit der bedeutendsten Kommunalpolitiker
14 tägig ein Heft 60 Pfennig
Zu beziehen durch:
Volksblatt-Buchhandlung Halle a S., Gr. Ulrichstr. 27

Hoher Verdienst! durch Vertretung gewerbl. und schriftl. Heimarbeit usw. Verlag W. Haug, Gannstatt, Neckarstr. 82

Achtung! Rohprod.-Sammler
Wir zahlen für sämtliche Rohprodukte die höchsten Preise! Auf Wunsch holen auch ab. 8747
Rohstoff-Vorwert. G.m.b.H. Halle a. S., Dompl. 9 Telefon 1577.

Inserate haben im Volksblatt stets Erfolg!

Darum inseriere!

Diese Bibliothek:
Bebel. Die Frau und der Sozialismus.
Braun. Zeitungsstreubücher.
Dietzgen. Lassalle Brevier.
Engels. Ursprung der Familie.
Engels. Entwicklung des Sozialismus.
Geyer. Drei Verbrecher Deutschlands.
Grotjahn. Gesundheitslehre.
Kampffmeyer. Geschichte der modernen Gesellschaftsklassen.
Kampffmeyer. Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturentwicklung.
Lautsky. Der Weg zur Macht.
Mehring. Deutsche Geschichte.
Müller-Jahnke. Ich bekenne (Roman).
Reimer. Die Sieg durch die Wirtschaftsgeschichte.
Schulz. Die Mutter als Erzieherin.
Strodtmann. Lehrzeitschrift.
Tschulok. Entwicklungstheorie (Darwin-Lehre).
Von unten auf.
Winter. Das Kind und der Sozialismus.
Alle Bände schön gebunden.
kostet zusammen nur 32 Mark
bei monatlicher Teilzahlung von nur 6 Mark
Bestellung erbittet die „Volksblatt-Buchhandlung"

Volkspark
Burgstraße 27.
Das eigene Heim der Hallisch. Arbeiter

Wie der Kapitalismus entstand
Ein Abriß der Entstehung und Wirkung des Kapitalismus und die Wege zu seiner Beseitigung
von
Dr. Walter Dietzel
Vorherige Einsendung des Betrages Bestellung d. Zahlkarte erwünscht.
Volksblatt-Buchhandlung
Halle a. S., nur Gr. Ulrichstr. 27.

Frauen erwacht!
Fort mit allen Schwindelmitteln, lassen Sie sich nicht irreführen durch vielversprechende und prahlerische Angebote. Kaufen Sie keine nutzlosen, teuren Schwindelmittel! sondern machen Sie einen Versuch mit meinem anerkannten, auch in hoffnungslosen Fällen wirksamen
Spezialmittel.
Wenn Ihnen die monatliche Regel ganz ausbleibt, ohne Sorge. Ich helfe und schütze Ihre Gesundheit. Rettung u. neuen Lebensmut bringen einzig und allein nur meine geprüften Präparate, überraschende Wirkung laut 1000 den Dankschreiben der Hasenschen in der 1. Stunde. Wenden Sie Vertrauen zu mir und wenden Sie sich an eine erfahrene Frau, dann wird auch Ihnen geholfen und Sie werden mir ewig dankbar sein.
Garantiert unschädlich! Ohne Berufsstörung.
Diskreter Versand per Nachnahme.
Frau Ida Röber
frühere Bezirkshebamme,
Hamburg D 844, Peterstr. 68.

Bitte ausschneiden und aufbewahren!

Arbeitsamt Eisleben.
Petristraße 9. Fernsprecher 131.
Gewerbliche Abteilung: a) Arbeitsuchende: Bäcker, Fleischer, Friseure, Anstreicher, Bauarbeiter, Schlosser, Schmiede, Tischler, Dreher, Berg-, Hütten-, Salinen-Platz-, Tagebau- und Abraumarbeiter, Laufburschen, Handlungsgehilfen, Bureaugehilfen, Medizinalbrogist, Kraftwagenführer. Landwirtschaftliche Abteilung: a) Arbeitsuchende: Wächter, Flurhüter, Geschirrführer, Tagelöhner, Schweizer, Schäfer (verh.), Gutszimmerleute; b) Offene Stellen: Frauen und Mädchen zur Feldarbeit. Berufsamt: Offene Lehrstellen: Maler, Bäcker, Klempner. Weibliche Abteilung: a) Arbeitsuchende: Aufwartungen, Dienstmädchen, Kontorpersonal, Lehrmädchen für Geschäft, Lehrstützen, Plätterinnen und Wirtschafterinnen. b) Offene Stellen: Dienstmädchen (ältere, gediente), Hausmädchen für Gut, Köchin für Privat, Mamsells für Güter, Stütze für Privat

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192407141-15/fragment/page=0004

Der Gräfenhainicher Bürgermeister-Prozeß.

Vergiftete Pfeile aus sicherem Versteck.

In unserer Sonnabend-Nummer brachten wir schon einen kurzen Bericht über die Verhandlungen im Prozeß gegen den Bürgermeister von Gräfenhainichen. Wir lassen heute einen ausführlicheren Bericht folgen, da die Verhandlung, in der etwa 20 Zeugen vernommen wurden, ein allerdings nur schwaches Bild gibt von der Gemeinheit, die darin liegt, einem Menschen, der nur das Beste gewollt, der aber dabei die Fallstricke der Gesetzesparagraphen unbeachtet gelassen hat, seelische Qualen zu bereiten und ihm seine Existenz zu rauben. Wir verstehen es, wenn politische Leidenschaften dazu führen, einen Gegner kühler zu behandeln als einen Parteigänger, ihm wohl auch Schwierigkeiten in seiner Amtsführung zu bereiten. Wenn aber der politische Haß soweit führt, mit der Lupe nach Fehlern des Gegners zu suchen, wenn man durch moralisch tiefstehende Leute dieses Material sammeln läßt, es wie vergiftete Pfeile in seinem Köcher birgt, um diese Pfeile bei geeigneter Gelegenheit aus sicherem Hinterhalt abzuschießen, dann gibt es feinen parlamentarischen Ausdruck mehr für solche Charaktere. Einen unparlamentarischen Ausdruck müßte man aber gebrauchen, um diejenigen zu kennzeichnen, die als Hintermänner und Drahtzieher hinter dem Denunzianten Baumbach stehen, der den Bürgermeister Meyer vor die Schranken des Gerichts gebracht hat. Daß solche Hintermänner und Drahtzieher vorhanden sind, kann bestimmt vorausgesetzt werden; das geht schon daraus hervor, daß die ganze spießbürgerliche Gesellschaft Gräfenhainichens mit mühsam verhohlener Freude der Verurteilung und dem gesellschaftlichen Tod des Bürgermeisters entgegengesehen hat. Sie sind alle nicht auf ihre Kosten gekommen. Der Angeklagte ist verurteilt worden, weil er verurteilt werden mußte, da er den Buchstaben des Gesetzes verletzt hat. Aber selbst seine Richter, ja sogar der Staatsanwalt, haben zum Ausdruck gebracht, daß es **uneigennützige und anzuerkennende Motive** waren, die den Angeklagten zu seinen Handlungen verleiteten.

Was wird denn dem Angeklagten vorgeworfen? Er hat Personen, die sich Vergehen oder strafbare Handlungen zuschulden kommen ließen, nicht vor den Strafrichter gebracht, wie es seine Amtspflicht war, sondern hat, wenn sie bei ihm um gut Wetter baten, den Deliquenten durch Zahlung einer gewissen Geldbuße usw., die den Armen zugute kam, weitere Unannehmlichkeiten erspart. Er ließ sich dabei von der Ansicht leiten, daß jeder Mensch einmal vom Pfade der Tugend abweicht und daß es ein Unfug sei, wegen jedem Quark gleich die Gerichte zu beschäftigen. Zu dieser vernünftigen Ansicht sind ja inzwischen unsere Justizbehörden selbst gekommen, aber der Angeklagte ist der Zeit vorausgeeilt, und daraus wurde ihm nun ein Strick gedreht.

Charakteristisch ist ja, daß man Meyer nicht den Vorwurf machen kann, er sei überhaupt zu nachsichtig gewesen; im Gegenteil, einige Zeugen bekundeten, daß seine Amtsvorgänger viel öfter ein Auge zugedrückt hätten, wenn ihnen Verfehlungen gemeldet wurden. So geht denn immer deutlicher hervor, daß nicht die Amtsführung des Angeklagten es war, die ihm Gegner schuf, sondern einzig und allein seine politische Einstellung, da er sich zur Sozialdemokratie, zu einer Partei bekannte, deren Bekämpfung dem vertretenen Bürgertum Gräfenhainichens ein tiefes Bedürfnis war. Das war sein Verbrechen, deshalb mußte er zur Strecke gebracht werden. Jetzt haben diese Rückwärtser ihr Ziel wenigstens so weit erreicht, daß die Verurteilung Meyers erfolgt ist. Aber diese Verurteilung war nur eine Formalität, da das Gesetz dem Richter Schranken zog. Moralisch steht Genosse Meyer unbefleckt da. Die wahren Verurteilen sind diejenigen, die ihn zu Fall gebracht haben. Eine Gelegenheit, mit ihnen abzurechnen, wird aber auch noch kommen.

Die Verhandlung vor dem Schöffengericht in Halle.

Aus der fünfmonatigen Untersuchungshaft vorgeführt, erschien der Bürgermeister Meyer aus Gräfenhainichen. Es wird festgestellt, daß er aus kleinen Anfängen durch Fleiß und Tüchtigkeit sich hochgearbeitet hat, im Kriege Feldwebel bei einem Pionierbataillon, später Intendantursekretär war. Seit 1921 ist er Bürgermeister in Gräfenhainichen. Die Anklage wirft ihm vor, als Amtsanwalt eine Anzahl Personen der gesetzlichen Strafe entzogen zu haben. Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Kuhlmann warnt die Zeugen ausdrücklich vor Meineiden, da die Angelegenheit den Eindruck politischen Streites mache.

Der Angeklagte hatte die selbständige Bearbeitung der Strafsachen. Er erklärt, es für seine Pflicht gehalten zu haben,

unnütze, kleinliche und örtlich schlichtbare Beschwerden an Ort und Stelle zu erledigen.

Dazu habe auch seine Gutherzigkeit bis zu einem gewissen Grade beigetragen. Außerdem stehe Öffentlich fest, daß ähnliche Fälle, die man ihm vorwerfe, den Bürgermeistern und Amtsanwälten fast aller kleineren Städte zur Last gelegt werden könnten. Zu dem „Verbrechen" stellt er fest: In einem Falle wurde eine Uebertretung der Polizeistunde seitens des Gastwirts Walther gemeldet. Es handelte sich jedoch um eine geschlossene Gesellschaft; Strafe hatte daher nicht zu erfolgen. Im zweiten Falle hatte ein Schutzmann mehrere Leute sistiert, die lärmten und Widerstand leisteten. Da am anderen Tage jedoch der Gastwirt, der den Schutzmann in Anspruch genommen hatte, selbst erschien und für die sinnlos betrunkenen Leute, die sonst als brav bekannt waren, ein gutes Wort einlegte, auch freiwillig eine Buße gezahlt wurde, sei von dem betreffenden Beamten der Antrag auf Strafverfolgung zurückgezogen worden.

In einem weiteren Falle ist das Verfahren gegen einen Fremden, der den Versuch gemacht hatte, ein kleines Mädchen zu unsittlichen Handlungen zu mißbrauchen, nicht fortgeführt worden, weil es sich um einen vor kurzem aus der Irrenanstalt entlassenen Menschen handelte, der offensichtlich für seine Handlungen nicht verantwortlich zu machen war. Im nächsten Falle seien zwei Personen, die am „Schützenhaus" öffentlich Glücksspiel betrieben hatten, mit je 10 000 Mk. Strafe für die örtliche Polizeikasse belegt worden. Der Gastwirt habe nur eine Warnung erhalten, da nach den angestellten Ermittelungen er nicht gewußt haben konnte, daß es sich um Glücksspiel handelte. Dann sei einmal ein Kraftwagenführer, der über einen verbotenen Platz gefahren sei, nicht bestraft worden. So wie ihm sei es sehr vielen Leuten gegangen. Außerdem stellte das Gericht fest, daß auf dem betreffenden Meldungsblatt eine nicht ausgeführte Verfügung sich befindet. Ferner habe ein anderer Gastwirt die Polizeistunde überschritten; er sei nur dringlich verwarnt worden, weil offenbar Unklarheiten über die Gesetzesbestimmungen herrschten. Er, der Angeklagte, habe deshalb anschließend daran im Berufsverein der Gastwirte einen entsprechenden Vortrag gehalten.

Bei den Lebensmittelunruhen im August 1923 sei durch einen Beamten auf seine Veranlassung bei dem Kaufmann Lux zurückgehaltener Zucker und Schmalz beschlagnahmt worden. Die Sachen seien für Rechnung der Stadtkasse durch die übrigen Kaufleute an die notleidende Bevölkerung verkauft worden. (Während der Vernehmung überfiel den Angeklagten ein Schwächeanfall, so daß die Verhandlung zeitweise unterbrochen werden muß.)

Im nächsten Falle hat der Müller Voigt einem Beamten Widerstand geleistet. Dieser hat jedoch den Fall als erledigt betrachtet, da Voigt als Buße einen Zentner Weizenmehl für die Ruhrkinder geben wollte. In keinem der Fälle habe auch nur die geringste Beeinflussung stattgefunden. Auch habe er niemals aus Gründen persönlicher Freundschaft gehandelt, sondern stets uneigennützig und im Interesse der Bürgerschaft. Auch der Vorwurf, wonach er sich Lebensmittel angeeignet habe, sei ihm zum ersten Male während der Haft gemacht worden. Das habe ihn gerade wegen der Unwahrheit dieses Vorwurfes in seiner Ehre beraitig getroffen, daß sein Leiden während der Haft sich furchtbar verschlimmert habe. Er habe niemals seine Frau oder seine Tochter zu solchen Dingen beauftragt und sie stets gewarnt, sich mit Leuten einzulassen. In dem Falle, wo es sich um einen Schwindler, der als „Oberleutnant" Zimmermann auftrat, handelt, erklärte der Angeklagte, daß dieser leider viel zu spät als geriebener Gauner erkannt worden sei. Außer der Stadt Gräfenhainichen sei eine Reihe anderer Gemeinden von ihm betrogen worden. Gericht und Staatsanwalt unterstellten das als richtig und verzichteten auf weitere Erörterung des Falles.

Nunmehr wird

der Hauptbelastungszeuge,

ein früherer Schreiber der Stadt Gräfenhainichen, jetziger „Sicherheitswächter" Hans Baumbach, vernommen. Er ist derjenige, der nach seiner Entlassung durch den Angeklagten zur Kleinstadtanwaltschaft fuhr und die wüstesten Beschuldigungen erhob. Seine Vernehmung ergab folgendes: Zeuge: Ein schlechtes Verhältnis zwischen mir und Meyer ist erst im letzten Halbjahr eingetreten, als behauptet wurde, ich hätte dem Stahlhelm Nachrichten zugetragen. Auch soll ich dem Stahlhelmvorsitzenden bei der Vernehmung einen Zettel zugesteckt haben, auf Grund dessen er die Aussage verweigerte. Das ist auch nicht wahr. — Verteidiger: Sie haben ihm aber doch tatsächlich einen Zettel in die Hand gespielt. — Zeuge: Das war nur eine Privatsache. — Verteidiger: Was stand auf dem Zettel? — Zeuge: **Das zu sagen lehne ich ab.** Nach meiner Entlassung, die ich für unberechtigt hielt, bin ich zur Staatsanwaltschaft gegangen und habe alles gemeldet. — Verteidiger: Sie müssen sich doch bereits längere Zeit mit dem Gedanken getragen haben, die Verfehlungen anzubringen. — Vorsitzender: Haben Sie Buch geführt? Woher wußten Sie denn später die Fälle alle genau? — Zeuge: Na, die Akten lagen ja doch da! Ich habe mir daraus die Fälle notiert. — Vors.: Sehr schön ist das eigentlich nicht gewesen! — Zeuge zuckt die Achseln und schweigt. — Verteidiger: Sie müssen doch bei der Staatsanwaltschaft das Verzeichnis noch gehabt haben. — Vors.: Wo haben Sie das Verzeichnis? — Zeuge: Zerrissen und weggeworfen. — Verteidiger: Aus welchem Anlaß hat der Zeuge die Notizen gemacht? — Zeuge: Wegen der ungerechten Behandlung! Ich bin meinen geraden Weg gegangen. — Vors.: Warum haben Sie das nicht schon früher getan? — Zeuge: Na, solange man seine gute Stellung hat! Der Bürgermeister hat von mir anonyme Anzeigen gegen den Stahlhelm verlangt. — Angeklagter: Das ist **unwahr.** Staatsfeindliche Organisationen beriefen geheime Versammlungen ein und wollten bewaffnete Notwehren gründen. Der Zeuge wußte davon. Offenbar aber hatte er Furcht vor seinen Stahlhelmfreunden. Ich sagte daher: Machen Sie eine Anzeige, die die Wahrheit enthält, wenn Sie aber Angst haben, Ihren Namen zu nennen, dann nehmen Sie die Schreibmaschine. Sie müssen aber die Wahrheit schreiben! Ich wußte damals, daß Baumbach im Stahlhelm sei, es wäre also widersinnig gewesen, von ihm auch nur die geringste Unkorrektheit zu verlangen! Auf dringliches Vorhalten von Gericht und Verteidigung knickt der Zeuge unter allseitiger Bewegung vollkommen zusammen und erklärt: Es ist möglich, daß ich den Bürgermeister damals falsch aufgefaßt habe. — Verteidiger: Haben Sie vor Abgabe der Anzeige gegen den Angeklagten sich mit einem rechtsstehenden Mitgliede der Stadtverordneten in Verbindung gesetzt? — Baumbach: **Diese Frage will ich nicht beantworten.** — Verteidiger: Keine Antwort ist auch eine Antwort.

Sämtliche übrigen Zeugen bestätigen übereinstimmend die Angaben des Angeklagten. Er hat niemals Beeinflussungen versucht. Ein Beamter erklärt: Meyer hat offenbar

ein Herz mit den armen Leuten,

denen es damals nicht gut ging und hat sich dadurch beeinflussen lassen. Alle Zeugen bestätigen ferner: Wir wissen nichts von geldlichen Vorteilen, die der Angeklagte gehabt haben könnte. Auch der Zeuge Lux, der sich „deutscher Kleinkaufmann" nennt, feinerzeit Lebensmittel zurückhielt und deswegen die Beschlagnahme seines Riesenvorrates erlebte, muß zugeben, nie bedrängt oder bedroht gewesen zu sein. Eine entgegenstehende frühere Aussage sei offenbar ein Mißverständnis. Auf Vorhalt des Verteidigers gibt er sogar zu: Die Wahrscheinlichkeit liegt nahe, daß bei Nichteingreifen des Bürgermeisters die unruhige Menge alles geraubt hätte. Zeuge Lux (entrollt ein Bündel Papiere): „Ich verlange vom Gericht sieben Sack Zucker und ein Faß Schmalz zurück." Verteidiger und Vorsitzender geben sich vergebliche Mühe, dem Zeugen das Unsinnige seines Antrages klarzumachen. Weitere Zeugen entlasten den Angeklagten vollkommen.

Der Staatsanwalt beantragte, da der Angeklagte sich formell gegen das Gesetz vergangen hat, eine Gefängnisstrafe von einem Jahre. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Fackenheim, wies jedoch nach, daß eine derartige Strafmaßnahme nicht in Frage kommen könne, gibt auch eine Reihe anderer rechtlicher Gesichtspunkte bekannt, nach denen das Strafmaß anders zu bemessen sei. Nach der Erwiderung des Staatsanwalts, der zum Teil die Richtigkeit der Auffassung des Verteidigers nicht bestreiten kann und nunmehr seinen Antrag auf 9 Monate Gefängnis reduziert, zog sich das Gericht zur Beratung zurück. Nach mehrstündiger Dauer wurde das Urteil dahin bekanntgegeben, daß der Angeklagte zu **vier Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft** verurteilt wird. In der Begründung wird der absoluten Ehrenhaftigkeit und Uneigennützigkeit des Angeklagten vollste Anerkennung gezollt, da formell Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen vorgelegen haben, müsse Verurteilung erfolgen. Der Angeklagte wird sodann aus der Haft entlassen. Benützungen seines Verteidigers, ihn vorher schon aus der Untersuchungshaft zu entlassen, waren an dem Widerspruch der Staatsanwaltschaft gescheitert.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 14. Juli 1924.

Mea culpa!

Die Aenderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetensitzung.

„Mea culpa!" — „Meine Schuld ist es!" müßten die Kommunisten ausrufen, wenn sie die Anträge besehen, die von dem Bürgerblock der Stadtverordnetensitzung zwecks Aenderung der Geschäftsordnung unterbreitet werden. Die wesentlichsten Aenderungen, die vorgenommen werden sollen, liegen in den nachstehenden Bestimmungen:

„Erteilt der Vorsteher in derselben Sitzung einem Stadtverordneten mehr als zwei Ordnungsrufe, so kann er ihn an der weiteren Teilnahme an dieser Sitzung oder in besonders schweren Fällen von der Teilnahme bis zu zehn weiteren Sitzungen vorbehaltlich der Strafbestimmung des § 48 StO. ausschließen. Der Ausschluß von unseren Sitzungen soll nur in besonders schweren Fällen erfolgen. Der zur Ordnung Gerufene oder Ausgeschlossene kann hiergegen schriftliche Beschwerde bei der Versammlung einlegen, welche darüber in der nächstfolgenden Sitzung ohne vorgängige Diskussion entscheidet. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung."

§ 4 erhält folgenden Absatz 4:

„Dem Vorsteher steht das Hausrecht und das Recht zur Aufrechterhaltung der Ordnung nicht nur im Sitzungssaal und auf den Tribünen zu, sondern auch in den für die Stadtverordneten bestimmten Nebenräumen, sowie auf dem Flur und auf den Treppen, die zu den für die Stadtverordneten bestimmten Räumen führen, bis unten zur Eingangstür des Gebäudes."

Die jetzt bestehende Geschäftsordnung, die ein ehrwürdiges Alter hat und noch aus dem vorigen Jahrhundert stammt, ist vielleicht in mancherlei Hinsicht reformbedürftig gewesen, aber wer hätte es noch vor wenigen Monaten für möglich gehalten, daß sie eine Form erhalten werde, wie sie hier vorliegt. Daß die Anträge angenommen werden, ist ja nicht zu bezweifeln, denn die bürgerliche Mehrheit wird ihnen zur Annahme verhelfen. Zwar hören wir, daß der Magistrat sich dagegen wendet, daß dem Stadtverordnetenvorsteher auch das Hausrecht auf die Räumlichkeiten außerhalb des Stadtverordnetensitzungssaales zuziehen soll, aber das wäre nur eine Formsache.

Die Verschlechterung der Geschäftsordnungen in Gemeindeparlamenten ist seit der neuen Taktik der Kommunisten überall an der Tagesordnung. In allen größeren Städten stehen Anträge zur Beratung, die den Stadtverordnetenvorstehern größere Vollmachten verleihen sollen und den Hinauswurf renitenter Stadtverordneter ermöglichen. Für unsere Fraktionen ist die Stellungnahme zu derartigen Anträgen recht unliebsam. Wir nehmen ja zwar an, daß sie sich aus Prinzip gegen diese Fesselung der Redefreiheit wenden. Andererseits können sie aber den von den Kommunisten systematisch herausbeschworenen turbulenten Szenen keine Berechtigung zusprechen. Es sind ja nicht nur Stadtverordnete, die mit Lungenkraft, Augenrollen und Armverrenkungen die besseren Gründe ihrer Ueberzeugung zum Ausdruck bringen. Häufiger noch wird von den kommunistischen Drahtziehern im Sitzungssaal die Tribüne zur Mithilfe herangezogen, und auch unsere Parteigenossen haben sich oft genug von zweifelhaften Elementen aus dem Zuschauerraum Schimpfworte übelster Art an den Kopf werfen lassen müssen. Wer aber, wie die Kommunisten, planmäßig und systematisch Radaustzenen organisiert, gefährdet damit eines der wichtigsten demokratischen Rechte, das Recht der Wähler, die Tätigkeit der Gewählten zu kontrollieren.

„Universitätsprofessor ?"

Wir hatten vor kurzem Gelegenheit, die okkulten Beziehungen eines Pseudogelahrten, der unter dem Namen Kotthaus reist und seinen offenbar behaglichen Unterhalt dadurch erschwingt, daß er — wenn nicht gerade aus Kaffeesatz und Dotter — so doch aus alten Bildern und dem Nasenrücken derer, die daran glauben, Zukunft, Ehesaussicht und Charakter wahrsagt, zum Leiter des hiesigen Heimatmuseums, Herrn Professor Hahne, aufzugeben. Er überließ den Saal des staatlichen Museums diesem Kotthaus, der dort gegen klingende Münze „Unterricht in Charakterkunde" geben sollte. Damals hat sich in der Oeffentlichkeit nichts gerührt. Die hiesige Universität, bei der wir uns informierten, bestritt Herrn Hahnes Zugehörigkeit zu ihrem Lehrkörper, weshalb wir selbstverständlich unterlassen haben, sie öffentlich auch nur im mindesten mit dem „Gelehrten" Kotthaus zu belasten. Wir müssen heute zu unserem Bedauern feststellen, daß diese Stellungnahme für uns unmöglich bleibt, wenn folgende Mitteilung wahr ist:

Vom 1. bis 6. Juli („Heuert") nächtigte in Proschwitz, kreis Meißen der „4. Germanische Bauernhochschulkursus" auf dem ein entsetzliches Gemisch jung- und großvölkischer Burg- und Jungemeinden, „wurzelkräftiger" Volksbrüder vom „Adel germanischen Blutes", „Ariamanenschaften" und ähnlichen höchst wichtigen völkischen Einrichtungen ein ergötzliches Possenspiel trieb. Der lächerliche Spuk wäre uns gleichgültig, wenn wir nicht mit freudigem Staunen als Programmpunkt lesen würden:

10 Uhr vormittags: Altgermanischer Schwertertanz, ausgeführt von der völkischen Studentengruppe des Prof. Dr. Hahne von der Universität Halle (Wiederholung). Der Dresdener Liederkreis der Adler und Falken.

In welchem Zusammenhang steht denn der Herr Professor Hahne von der Universität Halle mit dem Professor Hahne, der nach Auskunft der Universität nicht zu dem Lehrkörper gehört? Dieser okkulte Nebel dürfte nicht undurchdringlich sein. Mangels Klärung sind wir jedoch gezwungen, Herrn Hahne und die ihm nahestehenden Gelehrten (Herrn Kotthaus usw.) als vollgültige Glieder und Ehrengäste der hiesigen Universität zu behandeln.

Die Haus- und Grundbesitzer auf dem Gimpelfang.

Gründung einer Baubank auf Kosten der Mieter.

Drei angeblich Wohnungsuchende hatten für den gestrigen Sonntagvormittag nach dem „Apollo-Theater" eine Versammlung einberufen mit dem Thema: „Besteht eine Wohnungsnot und wie kann dieser wirksam abgeholfen werden?" Zur angesetzten Stunde, um 10 Uhr, waren kaum 100 Personen den lockenden Rufen der Wohnungsuchenden gefolgt, als aber gegen ½11 Uhr nun doch zirka 200 Wohnungsuchende, wohingegen die anderen drei Viertel Haus- und Grundbesitzer waren, erschien das 9 Köpfe starke Präsidium — zum Teil bekannte Größen der Haus- und Grundbesitzervereine — auf der Bühne und eröffnete die Versammlung.

Der an und für sich das Handwerk nicht gewohnte Versammlungsleiter mußte noch zu seinem Leidwesen feststellen, daß der Referent des Tages ausgeblieben sei, daß aber an dessen Stelle eine lokale Größe des Haus- und Grundbesitzervereins einen Vortrag ablesen würde. Dieses Ablesen durch den „Referenten" klappte nun trotz alledem nicht, da er scheinbar das ihm vorgelegte Manuskript schwer entzifffern konnte. Der ganze Vortrag dauerte zwölf Minuten und war eine Hetze gegen die Wohnungsämter, gegen die Hauszinssteuer, gegen das Mieteinigungsamt, gegen die Zwangswirtschaft, und selbstverständlich mußte auch der dreimal versuchte Marxismus herhalten, der allein daran schuld sei, daß die Wohnungsnot so groß wäre. Um aber den anwesenden Wohnungsuchenden aus den proletarischen Schichten trotzdem gerecht zu werden, hieß es zum Schluß, daß die Wohnungsnot gebannt werden könne, wenn sich die Mieter und die Haus- und Grundbesitzer zusammentun würden, um eine Baubank zu gründen. Diese Gründung der Baubank wäre ein Werkzeug im Kampfe gegen den internationalen Kapitalismus. Die Haus- und Grundbesitzer wollen also wieder einmal Gelder von den Mietern empfangen, indem die Mieter dieser neuen, den Haus- und Grundbesitzern gehörenden Bank, ihre Spargelder, soweit solche noch vorhanden sind, zuführen, um die zurzeit hypothekenfreien Grundstücke wieder mit Hypotheken zu belasten auf Kosten der Mieter.

Der Genosse Flicht als Vertreter der Gewerkschaften riß diesen, im Schafpelz erscheinenden Haus- und Grundbesitzern die Maske vom Gesicht und stellte fest, daß, wenn man schon gegen den Marxismus kämpfen wolle, man doch dann nicht um die Gunst der marxistisch denkenden Mieter buhlen sollte. Im übrigen hätte die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft, die Mietervereine und die Baugenossenschaften schon ein Organisationsgebilde geschaffen, welches auch in der Lage wäre, die Kapitalkräfte zu schaffen, um einen geregelten Wohnungsbau auf genossenschaftlicher Grundlage durchzuführen. Die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Allgemeinen freien Angestelltenbund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund geschaffene Reichswohnungsfürsorge A.-G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter (Newog) ist die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192407141-15/fragment/page=0005

Spitzenorganisation, die den Wohnungsbau und die Wohnungswirtschaft mit den Geldern der vorwärtsstrebenden Arbeitnehmerschaft fördert. Die Spitzenorganisation wird gegliedert in Bezirks- und Orts-Revoys. Genosse Flischer forderte die Anwesenden auf, sich nicht von den Haus- und Grundbesitzern, die mit Tumult und unflätigsten Redensarten den Genossen Flischer zum Schweigen bringen wollten, einseifen zu lassen, sondern ihren gewerkschaftlichen und Mieterorganisationen die Treue zu wahren und mit diesen Organisationen dann den Kampf gegen den Wohnungsraubbau und den beabsichtigten Wohnungswucher der Haus- und Grundbesitzer aufzunehmen. Nach ihm sprachen noch einzelne Haus- und Grundbesitzer, die möglichst das Projekt in ein günstiges Licht rücken wollten, denen dann noch der Stadtverordnete Kurbs in scharfen Worten entgegentrat.

Rektoratswechsel.

Geheimrat Schieck zum Rektor gewählt.

Die hallische Universität zeigte am Sonnabend regen Betrieb, da der diesmalige Rektoratswechsel einmal Abwechselung in den ermüdenden Stumpfsinn der drückenden Sommerhitze brachte. Die große Aula war dicht gefüllt. In feierlichem Zuge betrat der Rektor den Saal, nach ihm der Prorektor, die Dekane und die Professoren. Nach dem Chorlied (Leitung Prof. Rahlfes) nahm der scheidende Rektor Professor v. Dobschütz das Wort. Er gedachte der Verstorbenen, da der Tod nicht weniger als vier Hochschullehrer aus ihrem Wirkungskreise gerissen hat (Geheimrat v. Stern, Prof. Frischeisen-Köhler, Geh. Reg.-Rat Dr. Bechtel und Geheimrat Gutzmann). Auch unter den Studierenden selbst ist eine Anzahl von Todesfällen zu verzeichnen. Professor v. Dobschütz begrüßte dann die neuen Hochschullehrer, gedachte auch ehrend der Ausscheidenden. Der Abbau hat über 20 dienstliche Lehrstühle getroffen; sie sind ersatzlos abgebaut. Die naturwissenschaftliche Fakultät ist von der philosophischen getrennt, so daß jetzt fünf Fakultäten in Halle bestehen. Sodann wurde das Rektorat dem neuen Rektor, Professor Schieck, übergeben.

Professor Dr. med. Schieck ist Geheimer Medizinalrat und gehörte bislang als ordentlicher Professor der medizinischen Fakultät der hiesigen Universität an. Er ist der Oeffentlichkeit und der Wissenschaft kein Unbekannter, sondern erfreut sich als Direktor der hiesigen Universitätsaugenklinik eines hohen Rufes. Er war wiederholt Dekan der medizinischen Fakultät. Seine Forschungen über Tuberkulose des Auges sind in wissenschaftlicher Fachliteratur bekannt, ebenso seine Arbeiten über den Zusammenhang der Sehnervenleiden mit den Gehirnleiden.

Erste Ferienwanderung der Arbeiterwohlfahrt.

Morgen, Dienstag, den 15. Juli, erste Wanderung. Der Abmarsch erfolgt 8 Uhr von den Sammelplätzen, nicht erst 8½ Uhr. Dann wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß jedes Kind einen Becher oder dergleichen mitzubringen hat, um darin seine Getränke zu empfangen. Spenden an Erfrischungsmitteln, Spielgeräten und Geld sind jederzeit willkommen.

Das Drama in der Martinstraße.

Zu dem Drama in der Martinstraße wird noch mitgeteilt:

Der Friseur Max Hoffmann von hier, Martinstr. 28 plagte sich und seine Frau seit einiger Zeit mit Todesgedanken. Beide — besonders er — litten an schwerer Nervosität, er war immer mehr ins Elend heruntergesunken und hat auch Bekannten gegenüber Selbstmordgedanken geäußert. Das führte bereits einmal zu einer Durchsuchung seiner Wohnung nach Waffen. Am 11. Juli gab er in einem Lokal wieder ähnliche Aeußerungen von sich und ging erregt fort. Bald darauf kam ein Wächter, dem er einen angeblich wichtigen Brief übergeben hat. Der Mann erklärte, daß nach seinem Dafürhalten Hoffmann sich erschießen werde. Er hat um Polizeischutz und Durchsuchung der Wohnung. Als die Beamten versuchten, die Wohnungstür zu öffnen, ertönte drinnen ein Schuß. Man erbrach die Tür und fand ihn tot in seinem Blute, während die Frau noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Auch sie verstarb jedoch kurz nach ihrer Einlieferung in die Klinik.

* **Die gerichtliche Behandlung von Feriensachen.** In einer allgemeinen Verfügung des preußischen Justizministers wird es den Gerichten zur Pflicht gemacht, den voraussichtlich zahlreicher als sonst eingehenden Wünschen der Parteien auf Beschleunigung der Rechtsverfolgung während der Gerichtsferien soweit wie irgend möglich entgegenzukommen. Insbesondere soll mit Rücksicht auf die gegenwärtige Wirtschaftslage im Falle des Widerspruchs eines Schuldners nach vorausgegangenem Mahnverfahren stets geprüft werden, ob sich das Bedürfnis nach besonderer Beschleunigung im Sinne des § 200 GVG. nicht ohne weiteres aus den außerordentlich gespannten Wirtschaftsverhältnissen ergibt.

* **Höhe der Postanweisungsbeträge.** Für Postanweisungen nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig, nach Italien, den Niederlanden, Oesterreich und der Schweiz, ist der Meistbetrag auf den Gegenwert von 100 Rentenmark erhöht worden. Nach dem Auslande darf aber, wie bisher, von einem Absender täglich nur eine Postanweisung über den festgesetzten Meistbetrag ausgeliefert werden.

* **Der Gaskoks wird billiger.** Wie der Magistrat im Inseratenteil bekanntmacht, hat er die Gaskokspreise auf 2,20 Mk. für Grob- und Nußkoks, 1,60 Mk. für Perlkoks und 0,50 Mk. für Abfallkoks festgesetzt.

* **10. Sommerkonzert im „Volkspark."** Die Verwaltung des Volkspark hat das am Dienstagabend stattfindende Konzert, den vielen Wünschen der Besucher entsprechend, als heiteren Abend angesetzt. Zu einem heiteren Abend gehören aber „Wiener Operetten und Wiener Walzer", und so hat Kapellmeister Plätz ein Programm aufgestellt, welches nur Wiener Musik umfaßt, leichte graziöse Melodien aus dem gemütlichen Wien. Um den Abend aber auch sonst noch großartig zu gestalten, wird der Garten durch Lampions als „Italienischer Abend" festlich beleuchtet und ein großes Feuerwerk abgebrannt. Der erste Teil wird eröffnet durch die Ouvertüre „Bocaccio" von Suppé. Hierauf folgen die Walzer „Bei uns zu Haus", „1001 Nacht" und Geschichten aus dem „Wiener Wald". Im zweiten Teil steht als Einleitung die „Fledermaus"-Ouvertüre, dem folgt „Vorschwalben aus Oesterreich", hierauf die „Schlesien-Lieder", ein Länder für zwei Solovioline von Bilic, welche von den beiden Konzertmeistern Franz Witek und Paul Buß vorgetragen werden. Als Schluß des Teiles folgt die Perle aller Walzer „An der schönen blauen Donau". Der letzte Teil wird eingeleitet durch Melodien aus der Operette „Frühlingsluft" von Josef Strauß und schließt mit dem „Lustigen Potpourri" von Konzak. Der Besuch des Abends ist sehr zu empfehlen.

* **Das Abschiedsfest der scheidenden Künstler** des hiesigen Stadttheaters vereinigte zum letzten Male die Künstler mit ihren hier gewonnenen Freunden. Es ist allgemein den Aschiedsfesten zu eigen, daß die Festlichkeit der Feier mit der Bitterkeit des Abschieds in Fehde liegt. Am Sonnabend rang sich dann doch noch die Fröhlichkeit durch, als Gesang, Rezitation und Rüpelspiel, als Konzert und Feuerwerk die anfänglichen Hemmungen überwältigt hatten. Alles in allem kann man das Abschiedsfest als gelungen bezeichnen.

* **Die Feuerwehr** wurde am Sonnabend nach dem Grundstück Große Ulrichstraße 51, wo Teer durch Ueberkochen in Brand geraten war, gerufen. Sie brauchte aber nicht in Tätigkeit zu treten. Sonntag nachmittag wurde die Wehr telefonisch nach der Stephanstraße gerufen. Ein Brand war aber nicht festzustellen, so daß die Wehr wieder abrücken konnte.

* **Ein Verkehrshindernis** entstand am Sonnabendnachmittag in der Trothaer Straße dadurch, daß einem mit Getreide beladenen Wagen die Achse brach. Dadurch wurde das Straßenbahngleis versperrt, so daß der Straßenbahnbetrieb auf etwa 15 Min. durch Umsteigen aufrechterhalten werden mußte.

Aus der Provinz.

Kommunale Milchversorgung.

Nach Aufhebung der Reichsmilchverordnung hat überall ein lebhafter Kampf um die fernere Ausgestaltung der städtischen Milchversorgung in den Großstädten begonnen. Bemerkenswert ist, daß in der Stuttgarter Stadtverordnetenversammlung eine lange Debatte über die Zweckmäßigkeit der Stuttgarter Milchzentrale wie über die Milchversorgung der Stadt überhaupt stattfand. Dabei hat sich die Mehrzahl der bürgerlichen Vertreter der sozialdemokratischen Auffassung angeschlossen, daß die bisherigen Verhältnisse beibehalten werden sollen. Mit großer Mehrheit sprach sich der Gemeinderat für die Beibehaltung der Milchzentrale aus. Festgestellt wurde, daß die Milch nicht durch die Verwaltungskosten verteuert wird, sondern durch den viel zu hohen Stallpreis und durch die Verteuerung bis zur Rampe, die früher im Erzeugerpreis miteinbegriffen waren, heute aber trotz hoher Stallpreise ganz allein vom Menehmer bezahlt und aufgeschlagen werden müsse. Deshalb kostet die Milch zum Beispiel für Stuttgart ab Rampe heute 28 Pf. Versammlich gibt ja auch die landwirtschaftliche Presse ausnahmslos zu, daß bei den heutigen Milchpreisen Gewinne zu erzielen sind.

In Berlin hat die städtische Ernährungsdeputation ebenfalls den Beschluß gefaßt, wenn irgendmöglich an der bisherigen technischen zentralen Milchversorgung festzuhalten, und hat den Magistratsdezernenten beauftragt, in erneute Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsministerium einzutreten, damit die alten Vollmachten der Gemeinde auf zwangsweise Bearbeitung der einkommenden Milch auf Preisfestsetzung, Preisausgleich und Verteilung aufrechterhalten bleiben. Selbst die Interessentenvertreter des Milchhandels hatten nach einer mehrstündigen eingehenden Aussprache nicht den Mut, in der städtischen Deputation gegen diesen sozialdemokratischen Antrag zu stimmen, nachdem auch ein deutschnationaler Stadtrat sich für die unbedingte Notwendigkeit der kommunalen Milchversorgung beizubehalten, ausgesprochen hatte. Ein schärferes Urteil gegen die gewissenlose Politik des Reichsernährungsministers, der den demagogischen Forderungen nach „freier Wirtschaft" bedenkenlos nachgegeben hat, läßt sich wohl nicht gut denken.

Merseburg. Was sich liebt, das neckt sich. Einige junge Mädchen belustigten sich damit, einen Gast im Kaffee durch das offenstehende Fenster mit Steinen zu bewerfen, bis endlich er in Wut geriet und mit seinem Hunde die „Uebeltäter" verfolgte und polizeilich feststellen ließ.

Wiehe. Arbeiterlos. Tödlich verunglückt ist im Kalibergwerk Gewerkschaft Roßleben der Bergmann Hermann Kruhme aus Wiehe. Der Bedauernswerte hinterläßt Frau und unversorgte Kinder.

Belgern. „Auf der Flucht erschossen" wurde vom hiesigen Landjäger der aus dem hallischen Gefängnis entflohene Arbeiter Saupe. Er war in Belgern vom Gendarmen wieder festgenommen. Der Oberlandjäger machte den Häftling darauf aufmerksam, daß er beim geringsten Fluchtversuch schießen würde. Trotzdem sprang Saupe plötzlich davon. Der Beamte schoß auf 50 Meter Entfernung scharf. Der Fliehende wurde in den Rücken getroffen, überschlug sich und war auf der Stelle tot.

Schildau. Selbstmord. Hier hat sich der 70 Jahre alte Auszügler Franz Betzig aus Schildberhain im nahen Walde erhängt. Der Grund zur Tat ist unbekannt.

Falkenberg. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Die Gründungsversammlung der Ortsgruppe des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold fand am Donnerstag hier statt. Vom „Gesellschaftshaus" wehte eine große Fahne in schwarz-rot-gold. Ebenfalls war der Saal mit mehreren schwarz-rot-goldenen Fahnen geschmückt. Kamerad Küver eröffnete die Versammlung. Die Gründungsrede hielt Kamerad Drescher. Die Ortsgruppe zählt zirka 50 Mitglieder. In den Vorstand wurden gewählt die Kameraden Küver, Wunderlich und Donath. Beschlossen wurde, den 11. August in Falkenberg zu feiern.

Liebenwerda. Die Revision der städtischen Spar- und Girokasse sowie eine außerordentliche Revision, welche kürzlich von einem Vertreter der Girozentrale in Magdeburg vorgenommen worden ist, haben ergeben, daß die Kasse in Ordnung ist.

Liebenwerda. Die Heuernte in unserem Kreise darf nach den vorliegenden Meldungen im allgemeinen als gute Mittelernte bezeichnet werden. Geringeren Ertrag brachten nur die Wiesen, die unter der Winternässe sehr zu leiden hatten. Auch das Hochwasser hatte stellenweise Schaden angerichtet.

Mückenberg. Die Badeanstalt soll unserer Gemeinde erhalten bleiben; auch soll versucht werden, in ihrer Nähe Gelände zur Errichtung eines Luft- und Sonnenbades zu beschaffen.

Grünewalde. Der Beerenkrieg. Trotz wiederholten Verbotes bedienen die Beerensuchertinnen in unseren Forsten sich immer noch der sogenannten „Riffeln", durch die schwerer Schaden im Beerenbestande angerichtet wird. Man hat daher diesmal gegen die Sünder — ein Schupokommando eingesetzt. Dies Verfahren soll öfter wiederholt werden, da beim Fortbestehen der Unsitte der Nachwuchs der Beeren zum Schaden der Allgemeinheit gefährdet wird.

Schönwalde. Feuer. Im Rauprechtschen Hause entstand durch Unvorsichtigkeit Feuer, das zunächst das obere Stockwerk ergriff und das ganze Haus einäscherte. Die Feuerwehr konnte nur mit Mühe das Weitergreifen des Feuers verhindern.

Wetter-Voraussage.

Dienstag, den 15. Juli: Nach Gewittern und Regenfällen wolkig und kühler.

Mittwoch, den 16. Juli: Wieder aufheiternd, neue Trockenheit, nachts kühler, tagsüber wieder etwas wärmer.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 14. Juli 1924.

Platzkonzerte genehmigungspflichtig.

Zu der Angelegenheit des Platzspielens, das nicht hat veranstaltet werden können, da es von den Veranstaltern unterlassen war, die Genehmigung nachzusuchen, teilt der Magistrat Eisleben folgendes mit:

Die Veranstaltung eines Platzspielens stellt eine Versammlung unter freiem Himmel dar. Die Abhaltung derartiger Versammlungen ist jedoch auf Grund des bestehenden Ausnahmezustandes verboten. Die Gestattung von Ausnahmen von diesem Verbot ist zulässig, doch sind in Preußen auf Grund der ergangenen Ausführungsbestimmungen lediglich die Regierungspräsidenten zur Erteilung der Genehmigung zur Abhaltung von öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel zuständig. Weder der Magistrat noch die Polizeiverwaltung haben irgend einen Einfluß auf die Erteilung oder Verlegung der Genehmigung. Auch ist der Regierungspräsident in Merseburg gar nicht in der Lage, dem Magistrat oder der Ortspolizeibehörde die Entscheidung über derartige Anträge zu übertragen. Selbstverständlich wird die hiesige Polizeiverwaltung die Abhaltung solcher begrüßenswerter Veranstaltungen wie Platzspielen usw. jederzeit warm unterstützen und die entsprechenden Anträge sofort befürwortend an die zuständige Stelle weiterleiten. Es kann wohl auch grundsätzlich gesagt werden, daß der Regierungspräsident in solchen Fällen zweifellos die Genehmigung immer erteilen wird.

Die bei Erteilung der Genehmigung von Seiten des Regierungspräsidenten erhobenen Kosten in Höhe von 5,40 Mark sind staatliche Verwaltungsgebühren, die ihre gesetzliche Grundlage in dem Gesetz über staatliche Verwaltungsgebühren vom 29. September 1923 und in der allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung vom 29. Dezember 1923 haben. Nach diesen Bestimmungen werden „für einzelne auf Veranlassung der Beteiligten vorgenommene Amtshandlungen staatlicher Organe, die im wesentlichen im Interesse einzelner erfolgen, Verwaltungsgebühren für die Staatskasse erhoben" (§ 1). Es handelt sich bei der Erhebung solcher Gebühren also keineswegs um einen Willkürakt der für die Genehmigung zuständigen Stelle, sondern die Verpflichtung zur Zahlung der erhobenen Gebühren ist gesetzlich begründet. Da jedoch der Magistrat zugleich mit der gesamten Bevölkerung auf dem Standpunkt steht, daß die Veranstaltung eines Platzspieles im überwiegend öffentlichen Interesse liegt, hat er bei der zuständigen Stelle zugleich Schritte unternommen, um für die Genehmigung solcher Veranstaltungen in Zukunft grundsätzlich Gebührenfreiheit zu erwirken. Es empfiehlt sich, bei künftigen Anträgen auf Genehmigung gleichzeitig einen begründeten Antrag auf Befreiung von Verwaltungsgebühren mit einzureichen.

Dem Vorstand des Gesangvereins Volksstimme-Tafel wird empfohlen, zunächst einmal die festgesetzten Gebühren zu zahlen, um der Gefahr einer Vollstreckung im Verwaltungszwangsverfahren vorzubeugen und dann zugleich durch die hiesige Polizeiverwaltung einen Antrag beim Regierungspräsidenten in Merseburg auf Erstattung der gezahlten Gebühren unter Hinweis auf die Gemeinnützigkeit der geplanten Veranstaltung zu stellen. Die Verpflichtung zur Zahlung der Verwaltungsgebühren wird jedenfalls auch dann nicht hinfällig, wenn die geplante Veranstaltung, für welche die Genehmigung erteilt wurde, nicht stattgefunden hat.

* **Nahrungsmittelfälschungen.** Die Polizeiverwaltung hat vom 1. Juli 1923 bis 30. Juni 1924 114 Nahrungsmittelproben zur Untersuchung gebracht, wovon 30 Stück beanstandet wurden. Gegen die beteiligten Geschäftsinhaber ist in jedem Falle ein Strafverfahren eingeleitet.

Gewerkschaftsbewegung.

Gautag des Verbandes der Buchdrucker.

Der Gau „An der Saale" des Verbandes der Deutschen Buchdrucker war am Sonntag nach vierjähriger Pause, die durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt war, wieder zu einer Tagung im „Volkspark" zu Halle zusammengetreten. Außer den Gauvorstandsmitgliedern waren 37 Delegierte und 10 Bezirksleiter erschienen; vom Verbandsvorstand war der zweite Vorsitzende, Kollege Kraus, anwesend. Der Gesangverein „Gutenberg" (Halle) ließ es sich nicht nehmen, den Gautag durch einige Begrüßungslieder einzuleiten. In ruhiger und sachlicher Arbeit erledigte dann der Gautag die ziemlich umfangreiche Tagesordnung. Der Gauvorsteher Kollege Kühn erstattete den Bericht des Gauvorstands für die verflossenen vier Jahre, hielt sich aber wenig bei dem auf, was hinter uns liegt, sondern betonte mehr die Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft. Bei den tariflichen Angelegenheiten, über die er ebenfalls in gedrängter Form berichtete, hob er besonders die Schwierigkeiten hervor, die in letzter Zeit durch die Gründung mehrerer neuer Unternehmerorganisationen im Buchdruckgewerbe entstanden sind. Ein größerer Teil der Buchdruckereiunternehmer löse sich vom Deutschen Buchdruckerverein los, mit der Absicht, tarifliche Verschlechterungen zu erzielen. Hauptsächlich wollen sie es erreichen, daß an Stelle der zentralen Lohnverhandlungen bezirkliche oder gar Betriebsvereinbarungen zustande kommen. Kollege König wandte sich entschieden gegen diese Absicht und fand damit den Beifall des gesamten Gautags.

Die finanzielle Lage des Gaues ist nach dem Bericht des Gaukassierers Kollegen Gabriel in hoffnungsvoller Aufrichtung. Nachdem die durch die Inflation hervorgerufene Depression des gesamten Wirtschaftslebens wie auch des Buchdruckgewerbes nunmehr einer Gesundung des Wirtschaftslebens gewichen ist, macht sich das auch in der Gaukasse bemerkbar. Allerdings ist der Kassenbestand, der beim letzten Gautag im April 1920 51 000 Mk. betrug, noch längst nicht wieder erreicht, aber die Gaukasse, die Ende des vorigen Jahres bis ziemlich auf den Rest geleert war, hat ihren Kassenbestand doch bereits wieder auf die Summe von 5500 Mk. bringen können. Interessant waren die Ausführungen des Kollegen Gabriel über die Beitragsänderungen im Jahre 1923, die durch die fortwährende Geldentwertung sich nötig machte; allein im vierten Quartal 1923 mußte der Gaubeitrag neunmal erhöht werden.

Der Gautag beschäftige sich dann mit den zahlreich vorliegenden Anträgen zum Gaustatut. Ein Antrag des Ortsvereins Magdeburg, die Bezirkseinteilung aufzuheben und dafür vier Agitationsbezirke zu bilden, wurde abgelehnt. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag, die Besitzer und Revisoren durch Urwahlen zu wählen. Ebenfalls einstimmig gelangte ein Antrag zur Annahme, der verlangt, daß jährlich zwei Bezirksversammlungen abgehalten werden. Vor jeder ordentlichen Generalversammlung des Verbandes muß jetzt nach dem Beschluß des Gautages ein Gautag stattfinden. Die Grundzahlen für die Berechnung der Entsendung von Delegierten zum Gautag von 75 auf 50 herabzusetzen, was vom Bezirk Quedlinburg beantragt wurde, lehnte der Gautag ab.

Eine Reihe von Anträgen zum Unterstützungs-Reglement fanden ihre Erledigung dadurch, daß dem Gauvorstand anheimgestellt wurde, die Unterstützungen gemäß den gestellten Anträgen zu erhöhen, doch soll der jetzige Beitrag nicht erhöht werden; die erhöhten Unterstützungssätze sollen vom 4. Quartal an in Kraft treten. Den Ortsvereinen wird empfohlen, das „Korrespondent"-Obligatorium einzuführen.

Für die Verbands-Generalversammlung wurden folgende Kollegen als Delegierte aufgestellt: Kunzemann, Herfurth, Pietschner und Stemmann (Magdeburg), König und Wielepp (Halle), Bahn (Halberstadt), Hamann (Dessau), Jugelt (Stendal), Jungbluth (Wittenberg), Keil (Nordhausen), Nageli (Aschersleben), Wagner (Quedlinburg).

Für den nächsten Gautag wurde als Tagungsort Wernigerode bestimmt.

Aussperrung im Hamburger Baugewerbe.

Die von den Unternehmern des Baugewerbes im Wirtschaftsgebiet Groß-Hamburg angekündigte Aussperrung ist am Mittwoch vollzogen worden. Die Arbeitsruhe ist im Baugewerbe seit Donnerstag allgemein. Die Unternehmer drohen trotz der Verständigungsbereitschaft der Organisationen weiter, auch sämtliche Zimmerer und Baumaschinisten auszusperren, wenn bis dahin nicht eine Beendigung des Konflikts erfolgt. Die Organisationsleitungen haben inzwischen alle jüngeren unverheirateten Beschäftigten im Baugewerbe aufgefordert, das Aussperrungsgebiet zu verlassen.

Krankenkassen und Aerzte.

Die am Freitag im preußischen Wohlfahrtsministerium stattgehabten Verhandlungen zwischen den Vertretern der Verbände der Reichsversicherungsträger und der Aerzte führten, dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge, zu dem Ergebnis, daß das Wohlfahrtsministerium den Reichsversicherungsträgern bis auf weiteres einen Abschlag von 20 Prozent bei allen Mindestsätzen der Preisgebührenordnung für Aerzte bewilligen wird.

Schiedsspruch im rheinischen Straßenbahnkonflikt.

Bei den Schlichtungsverhandlungen zur Lohnregelung in den rheinisch-westfälischen Straßenbahnbetrieben wurde vom Vertreter des Schlichters folgender Schiedsspruch gefällt: 1. Der Handwerkerspitzenlohn beträgt ab 15. Juli 64 Pf.; 2. die übrigen Lohnsätze verändern sich entsprechend, dabei sind die früher festgesetzten Richtlinien einzuhalten; 3. diese Regelung gilt bis auf weiteres und kann mit halbmonatlicher Frist gekündigt werden, erstmals zum 1. Oktober 1924; 4. die Erklärungsfrist läuft bis zum 17. Juli. Diese neue schiedsgerichtliche Regelung bringt eine Erhöhung des Handwerkerlohnes um 2 Pf. pro Stunde.

Die polnische Regierung widersetzt sich.

Die von den Arbeitgebern der Industrie von Polnisch-Oberschlesien beabsichtigte Generalaussperrung der Arbeiter, um eine Verlängerung der Arbeitszeit zu erzwingen, ist durch den Demobilmachungskommissar einstweilen bis zum 18. Juli hinausgeschoben worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192407141-15/fragment/page=0006